

## PROTOKOLL

über die 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle am Mittwoch, den  
14.07.2021,  
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

**Sitzungsnummer:** Rat/034/2021  
**Öffentliche Sitzung:** 17:00 Uhr bis 22:05 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Vorsitzender**

Malte Stakowski

#### **stellv. Vorsitzender**

Gerhard Boßmann

#### **Bürgermeister**

Reinhard Scholz

#### **Mitglied CDU-Fraktion**

Werner Altemöller

Karl-Heinz Gerling

Bernd Gieshoidt

Heiko Christian Grube

Gerda Hövel

Harald Kruse

Anja Lange-Huber

Jan Lütkemeyer

Dieter Niermann

Günter Oberschmidt

Thomas Schulke

Christian Terbeck

Christina Tiemann

Ingo Weinert

Herla Wendelin-Feindt

Michael Weßler

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Horst Ballmeyer

Jutta Dettmann

Wilhelm Hunting

Karin Kattner-Tschorn

Annegret Mielke

Mathias Otto

ab 17.45 Uhr

Uwe Plaß

Bernhard Schürmann

Axel Uffmann

Luc Van de Walle

Erich Walkenhorst

#### **Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Ursula Buermeyer

Silke Meier

Alfred Reehuis  
George Trenkler  
Reinhardt Wüstehube

**Mitglied UWG e. V.**

Peter Mittelberg  
Peter Spiekermann  
Ursula Thöle-Ehlhardt

**Mitglied FDP-Fraktion**

Johannes Marahrens  
Heinrich Thöle

**von der Verwaltung**

Andreas Dreier  
Dirk Hensiek  
Frithjof Look  
Karl-Wilhelm Möller  
Uwe Strakeljahn  
Sandra Wieseemann  
Sophie Franke  
Jürgen Krämer  
Miriam Gellermann

Stadtinspektor-Anwärterin

**ProtokollführerIn**

Kerstin Lehnig

**Gäste**

Gast/Gäste

Rainer Mallon

**Zuhörer**

Presse

Meller Kreisblatt - Herr Hengehold

Meller Kreisblatt - Herr Buß

Zuhörer

17 Personen

**Abwesend:**

**Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Herbert Linnemann-Grundmann, (parteilos)

entschuldigt

## Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 24.03.2021
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Ratsresolution;  
Erdverkabelung Leitungsbauvorhaben Nr. 16 im Bereich Melle-Wellingholzhausen/Placke  
Vorlage: 01/2021/0216
- TOP 7 Neuordnung der Sport- und Freizeiteinrichtungen am Sportzentrum Melle-Mitte  
Vorlage: 01/2021/0220
- TOP 8 Hochwasserschutz für die Stadt Melle; hier: Maßnahme in Uphöfen  
Vorlage: 01/2021/0215
- TOP 9 Überplanmäßige Aufwendung für das Produkt 111-10 Organisationsangelegenheiten zur Beschaffung von Covid19-AntiGen-Schnelltests  
Vorlage: 01/2021/0192
- TOP 10 Änderung der Satzung des Seniorenbeirates  
Vorlage: 01/2021/0133
- TOP 11 Satzung für den neu einzurichtenden Behindertenbeirat  
Vorlage: 01/2021/0135
- TOP 12 Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Bakum  
Vorlage: 01/2021/0140
- TOP 13 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Groß Aschen  
Vorlage: 01/2021/0141
- TOP 14 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege  
Vorlage: 01/2021/0199
- TOP 15 Unterjähriger Controllingbericht der Stadt Melle zum Stichtag 31.05.2021  
Vorlage: 01/2021/0194
- TOP 16 Annahme von Zuwendungen  
Vorlage: 01/2021/0201
- TOP 17 Bebauungsplan "Wohnpark Groenen Feld - 1. Änderung", Melle-Buer; hier: Beschluss über die Abwägung, Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0134
- TOP 18 18. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich "Freizeitraum Bruchmühlen - 1. Änderung", Melle-Bruchmühlen; hier: Beschluss über die Abwägung, Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0166
- TOP 19 Bebauungsplan "Freizeitraum Bruchmühlen - 1. Änderung", Melle-Bruchmühlen; hier: Beschluss über die Abwägung, Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0165/1

- TOP 20 Außenbereichssatzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB "Alte Bauernschaft Westerhausen", Melle-Oldendorf; hier: Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0119
- TOP 21 Strategische Ausrichtung und Entwicklung der Kläranlagen  
Vorlage: 01/2021/0178
- TOP 22 Klärschlamm-trocknung  
Vorlage: 01/2021/0185
- TOP 23 Straßenumstufung in Melle Buer  
Vorlage: 01/2020/0236
- TOP 24 Förderrichtlinie "Regenwassernutzung"  
Vorlage: 01/2021/0132
- TOP 25 Feststellung des Jahresabschlusses 2020 für das Wasserwerk der Stadt Melle  
Vorlage: 01/2021/0184
- TOP 26 Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung eines Siegels für ökologisch nachhaltige Baumaßnahmen Meller Unternehmer  
Vorlage: 01/2021/0180
- TOP 27 Antrag der CDU Fraktion: "Dachbegrünung von Bushaltestellen in der Stadt Melle"  
Vorlage: 01/2021/0101
- TOP 28 Antrag der B90/Grüne Stadtratsfraktion zur Angebotsverbesserung des Busverkehrs Richtung Werther/Bielefeld  
Vorlage: 01/2021/0187
- TOP 29 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Beendigung Moratorium für den Ausbau bereits geplanter Straßenausbaumaßnahmen  
Vorlage: 01/2021/0191
- TOP 30 Wünsche und Anregungen

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender begrüßt alle Anwesenden. Er stellt angesichts der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit von derzeit 39 Ratsmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die 22. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode. Anschließend gratuliert Vorsitzender allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten.

## **TOP 2 Einwohnerfragestunde**

- Frau Frederike Hemker von der Bürgerinitiative Wellingholzhausen gegen die 380 kV Freileitung möchte wissen, ob die Stadt Melle, ggf. zusammen mit der Gemeinde Hilter, Rechtsbeistand in Anspruch nehmen werde, um bei dem Netzbetreiber Amprion zu erwirken, dass die Planung einer Erdkabeltrasse im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens eingereicht werde. Zudem möchte sie wissen, ob die Stadt Melle den Haus- und Grundstückseigentümern in rechtlichen Fragen zur Seite stehe.

Bürgermeister erklärt, dass die Frage des weiteren rechtlichen Vorgehens Bestandteil der Ratsresolution sei, die in der heutigen Sitzung unter dem TOP 6 behandelt werde. In der Beschlussvorlage sei festgehalten worden, dass die Stadt Melle gemeinsam mit der Gemeinde Hilter a.T.W. und dem Landkreis Osnabrück in jedem Fall im Rahmen des formalen Genehmigungsverfahrens fachlich und rechtlich prüfen lasse, ob der Vorhabenträger der Maßgabe gerecht werde. Eine Rechtsberatung der Anlieger durch eine Kommune sei nicht zulässig. Im Augenblick gebe es kein rechtliches Gehör, da man sich derzeit in keinem formalen Verfahren befinde. Dieses sei erst dann der Fall, wenn die Fa. Amprion die Unterlagen bei der Planfeststellungsbehörde in Hannover eingereicht habe.

- Herr Hermann Stratmann möchte zu einer angedachten Beteiligung der Stadt Melle an einer Maßnahme bzgl. des Hochwasserschutzes in Hilter/Borgloh wissen, ob es hierzu konkrete Gespräche mit der Gemeinde Hilter a.T.W. gebe. Außerdem möchte er wissen, wie es mit der Bewertung der sechs weiteren Alternativstandorte aussehe.

Bürgermeister erinnert, dass sich die Landwirte im Bereich Himmern in der Vergangenheit dafür eingesetzt haben, dass der Hochwasserschutz möglichst verteilt standfände. Über einen von den Landwirten beauftragten Gutachter seien Vorschläge eingebracht worden. Eine zentrale Fläche gebe es im Bereich Uphöfen der Gemeinde Hilter a.T.W. Dort könnten rund 50.000 m<sup>3</sup> Niederschlagswasser zurückgehalten werden. Diese Fläche sei im Flurbereinigungsverfahren „Borgloh-Ost“ enthalten. Aufgrund der Corona-Pandemie seien die Gespräche des Amtes für Regionale Landesentwicklung in Osnabrück (ARL) mit den Anliegern teilweise ins Stocken geraten. Es sei durch die Stadt Melle immer wieder signalisiert worden, dass man sich an der Hochwassermaßnahme beteiligen wolle. Vor einigen Wochen sei in einem Abstimmungsgespräch u. a. mit Herrn Bürgermeister Marc Schewski und dem ARL der Sachstand erläutert worden. Dort sei klar geworden, dass das ARL jetzt wieder in Gespräche mit den Eigentümerinnen und Eigentümern sowie der Teilnehmergeinschaft einstiegen wolle. Anhand der dann schnell vorgelegten Kostenschätzung des ARL habe man erkennen können, dass man mit einem Betrag in Höhe von 350.000,00 € das Vorhaben unterstützen könne. Bürgermeister betont, dass man dieses als große Chance sehe. Die vorgesehene Fläche im Bereich „Borgloh-Ost“ werde durch das beauftragte Büro IDN als hoch bewertet und habe eine große Wirkung auf das Stadtgebiet Melle. Damit sei für die Landwirte in Himmern die Möglichkeit gegeben, entweder die Einstauwahrscheinlichkeit auf deren Flächen zurückzuziehen oder ggf. die Flächen zu verkleinern.

Herr Look ergänzt, dass man derzeit noch in der Abstimmung bzgl. einer Entschädigungsrichtlinie für die Anwohner sei. Man werde jedoch zeitnah auf die Betroffenen zukommen.

Herr Stratmann möchte zudem wissen, wieso es auch nach vier Jahren noch keine konkrete Bewertung zu den Alternativstandorten gebe. Die Rückhaltung der Niederschlagsmenge von 50.000 m<sup>3</sup> in Uphöfen stehe in keinem Verhältnis zu den 280.000 m<sup>3</sup>, die in Himmern notwendig seien. Es sei zwar gut, dass etwas gemacht werde, jedoch keine wirkliche Entlastung.

Bürgermeister teilt mit, dass die Bewertung der Alternativstandorte vorliege. Nach der heutigen Ratssitzung werde man mit allen Unterlagen die Grundeigentümer zu einem gemeinsamen Gespräch einladen.

- Frau Malina Kruse-Wiegand erkundigt sich, was die Stadt Melle unternehme, um einen sicheren Schulstart nach den Sommerferien hinsichtlich der Corona-Pandemie zu ermöglichen.

Bürgermeister erklärt, dass allen Schulen CO<sub>2</sub> - Messgeräte zur Verfügung ständen. Gestern habe der Bundeswirtschaftsminister erklärt, dass der Bund 200,0 Mio. € für mobile Lüftungsgeräte zur Verfügung stellen möchte. Das Bundesumweltamt unterscheide in drei Kategorien, gut, mittelmäßig und schlecht zu lüftende Räume. Die Empfehlung laute, die Lüftungsgeräte auf jeden Fall in den Räumen der Kategorie 3 zum Einsatz kommen zu lassen. Er unterstreicht, dass die Experten betonen, dass die mobilen Lüftungsgeräte auf keinen Fall eine regelmäßige Lüftung ersetzen. Nach den neuen, seit gestern bekannten Bedingungen, werde man mit den entsprechenden Ratsgremien besprechen, in welche Beschaffung man eintreten wolle. Aufgrund der nun startenden Sommerferien halte er das Vorgehen des Ministeriums für sehr ambitioniert. Er wünsche sich einen Schulstart, der allen Kindern ermögliche, zur Schule zu gehen. Wenn man dieses durch Lüftungsgeräte ermöglichen könne, werde man die Maßnahme selbstverständlich unterstützen.

Bürgermeister betont abschließend, dass er es für unverantwortlich halte, die Verantwortung auf die Eltern, wie in den letzten Monaten geschehen, abzuschieben.

- Herr Kleine-König teilt mit, dass man seit eineinhalb Jahren in Melle ein neu auszuweisendes Überschwemmungsgebiet habe. Er möchte wissen, inwieweit die Stadt Melle sich engagiert habe, um das Gebiet zu begleiten und zu verhindern. Die Stadt Melle sei hier verantwortlich und müsse überlegen, ob Überschwemmungsgebiete oder Wohngebiete gebraucht würden.

Bürgermeister informiert, dass die Landesbehörde aufgrund von Geländehöhen, Messungen und tatsächlichen Gegebenheiten Überschwemmungsgebiete festlege. Die Ausweisung sei von der Stadt nicht zu verhindern. Man müsse in der Stadtentwicklung überlegen, wie man damit umgehe. Insgesamt sei festzustellen, dass die Behörde richtig handle und die Situation durch die Begradigung von Flüssen, neue Siedlungsbereiche usw. entstehe.

Herr Kleine-König bemerkt, dass das Überschwemmungsgebiet nach Aussage des Landkreises Osnabrück seit 1910 bestehe. Er ist der Meinung, dass das Überschwemmungsgebiet durch gezielte Maßnahmen verhindert werden könne und man jetzt darüber sprechen müsse. Seit Februar 2021 sei die Stadt Melle hier nicht tätig geworden.

Bürgermeister schlägt vor, dass Stadtbaurat Look mit Herrn Kleine-König nach der Sitzung in Kontakt treten werde.

Vorsitzender teilt mit, dass der langjährige Leiter des Bauamtes, Rainer Mallon, in den Ruhestand getreten sei. Da es aufgrund der Corona-Pandemie bisher keine Möglichkeit einer angemessenen Verabschiedung gegeben habe, freue er sich, dass Herr Mallon heute anwesend sei.

Herr Mallon verabschiedet sich mit einem kurzen persönlichen Rückblick auf die vergangenen Jahre bei der Stadt Melle. Er dankt allen Ratsmitgliedern für die gute jahrelange Zusammenarbeit und spricht allen Politikerinnen und Politikern seinen großen Respekt für die geleistete Arbeit für die Stadt Melle aus.

Vorsitzender betont, dass Herr Mallon jahrzehntelang und jederzeit ein guter, direkter und gradliniger Ansprechpartner gewesen sei. Er dankt ihm für sein Wirken und Gestalten in und für die Stadt Melle.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzender teilt mit, dass allen Ratsmitgliedern eine aktualisierte Tagesordnung vorliege, da der TOP 25 (Feststellung des Jahresabschlusses 2020 für das Wasserwerk der Stadt Melle - Vorlage 01/2021/0184) und der TOP 29 (Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur Beendigung Moratorium für den Ausbau bereits geplanter Straßenbaumaßnahmen - Vorlage 01/2021/0191) entfallen seien. Alle anwesenden Mitglieder des Rates der Stadt Melle sind mit der Änderung einverstanden. Anschließend stellt Vorsitzender die Tagesordnung ohne weitere Änderungen und Ergänzungen fest.

### **TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 24.03.2021**

Das Protokoll wird ohne Einwände und Ergänzungen einstimmig genehmigt.

### **TOP 5 Bericht der Verwaltung**

Bürgermeister berichtet, dass der Verwaltungsausschuss in seiner gestrigen Sitzung einen Antrag zur „LEADER“-Förderung beschlossen habe. Hier gehe es um eine Förderung des ländlichen Raumes für die nächste EU-Förderperiode 2023 - 2027. Er erinnert, dass die Stadt Melle in der jetzigen Förderperiode zum ersten Mal in eine ländliche Förderung, dem ILEK-Prozess, aufgenommen worden sei. In diesem Rahmen seien Fördermittel in Höhe von 1,63 Mio. € eingeworben und Investition in Höhe von 3,6 Mio. € ausgelöst worden. Das Land Niedersachsen setze nun auf einen neuen Förderansatz und es werde ein festes Förderbudget, nach Einwohner- und Flächengröße berechnet, zugewiesen. Bürgermeister ist der Meinung, dass man mit dem Förderantrag eine Chance habe, etwas Gutes für den ländlichen Raum zu bewirken und dankt dem Verwaltungsausschuss für den einstimmigen Beschluss. Die Förderschwerpunkte müssten noch festgesetzt werden. Hier könne der neu gewählte Rat dann bereits dazu beitragen. Er könne sich vorstellen, dass Vereine, Verbände, Initiativen usw. in den Vordergrund gestellt würden. Insbesondere könnten auch der Klimaschutz und die Nachhaltigkeit eine Rolle spielen. Bürgermeister weist darauf hin, dass die Themen „Tourismus“ und „Kulturerbe“ nur noch ausschließlich von dieser Förderung profitieren könnten. Es gebe eine lokale Aktionsgruppe, die sich in gleicher Anzahl aus Vertretern der Kommune und Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Themenbereichen der Stadt zusammensetze.

Bürgermeister teilt mit, dass das Land Niedersachsen sich Gedanken über die Innenstädte gemacht habe. Hier fände ein Veränderungsprozess statt, der auch durch die Corona-Pandemie verstärkt worden sei. Aufgabe müsse es sein, zur Stärkung der Innenstädte beizutragen. Das Land Niedersachsen habe reagiert und das Sofortprogramm „Perspektive Innenstadt!“ mit einem Betrag in Höhe von 117,0 Mio. € auf den Weg gebracht. Die Städte und Gemeinden können hierfür Anträge beim Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung stellen. Der Stadt Melle sei ein virtuelles Budget in Höhe von 900.000,00 € zugeordnet worden; eine städtische Ko-Finanzierung in

Höhe von 90.0000,00 € sei notwendig. Man freue sich über diese Förderung. Allerdings sei leider momentan die Förderrichtlinie noch nicht bekannt. Es gebe jedoch umfangreiche Inhalte in dem Konzept und es gehe um Aufenthaltsqualität, Steigerung der Biodiversität, Steigerung der Klimaresilienz, Einzelhandelskonzepte und vieles mehr. In der Stadt Melle könne es zudem auch um die Umgestaltung des Marktplatzes gehen. Jedoch müssten die Projekte bis März 2023 abgeschlossen sein. Auch hier dankt er dem Verwaltungsausschuss für den einstimmigen Beschluss in der gestrigen Sitzung.

Bürgermeister berichtet zum Thema „Breitband“, dass nun endlich, nach einigen Verzögerungen, erste Bereiche am Glasfasernetz angeschlossen worden seien. Der Landkreis Osnabrück habe mitgeteilt, dass im nächsten Abschnitt der Außenbereich Wellingholzhausen ausgebaut werde. Er zeigt anhand einer Präsentation die nächsten Fördergebiete im Außenbereich der Stadt Melle (s. Anlage 1). Er erinnert, dass man nur dort tätig werden dürfe, wo es eine klare Unterversorgung gebe. Start sei hier September 2021. Zur gleichen Zeit werde die Glasfaser NordWest im nördlichen Bereich von Melle-Mitte und in Gesmold mit einem freien wirtschaftlichen Ausbau beginnen. Er habe alle am Glasfasernetzausbau beteiligten Firmen ermuntert, in allen anderen Meller Stadtteilen ebenfalls die Erschließung anzugehen. Im Gewerbegebiet Gesmold und in Westerhausen im Bereich der Firmen Westland und Assmann werde es ebenfalls eine Glasfaserdirekterschließung geben. Er stellt fest, dass der Netzausbau für die Frage des Wohnstandortes und die Weiterentwicklung der Stadt sehr wichtig sei.

Bürgermeister informiert, dass in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses ein einstimmiger Beschluss über die Unterstützung des Automuseums Melle gefasst worden sei. Das Automuseum sei mit großem Engagement ehrenamtlich aufgebaut worden. Da das Automuseum auch dauerhaft ein Ankerpunkt für den Tourismus in Melle sein solle, sei die Stadt Melle bereit, eine zentrale Rolle und ein größeres finanzielles und ggf. personelles Engagement zu übernehmen. Sein Dank gilt den ehrenamtlichen Gesellschaftern für die hervorragende Arbeit in der Vergangenheit.

Bürgermeister berichtet, dass in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses zudem mehrheitlich eine Auftragsvergabe zur Errichtung einer Unterkunft für Wohnungslose in Containerbauweise beschlossen worden sei. Dieses sei notwendig geworden, da die Notunterkunft an der Neuenkirchener Straße aufgrund eines Brandschadens nicht mehr nutzbar sei. Es sei nötig, eine längerfristige Unterbringungsmöglichkeit bis zur endgültigen Lösung zu finden. Der Standort sei sehr kontrovers diskutiert worden. Dabei müsse die städtebauliche sowie vor allem die menschliche Komponente bedacht werden. Mit Unterstützung der Diakonie und deren Betreuungskonzept stelle man sich dieser Herausforderung. Wichtig sei, anschließend schnell eine dauerhafte Lösung zu finden.

Bürgermeister teilt zur Wohnbauförderung mit, dass dieses Thema in den letzten Jahren positiv mit einstimmigen Beschlüssen begleitet worden sei. Insbesondere die Kreistagsabgeordneten hätten darauf aufmerksam gemacht, dass der Landkreis Osnabrück ein Förderprogramm auf den Weg gebracht habe und dieses Projekt nun auch verlängert worden sei. Bezahlbarer Wohnraum sei ein großes Thema in der Stadt Melle. Es sei wichtig, den Wohnungsbau mit der Wohnbauförderung zu unterstützen. Dieses sei bereits mit dem Projekt Bremer-Tor-Straße in Buer und dem Umbau des Bahnhofs in Bruchmühlen geschehen. Ggf. käme noch das Objekt in Oldendorf an der Osnabrücker Straße hinzu. Hier wolle man der Verantwortung gerecht werden und er danke für die Zustimmung.

Abschließend informiert Bürgermeister, dass im Vorfeld der Sitzung ein gemeinsames Foto aufgenommen worden sei. Dieses sei eine schöne Erinnerung an die bald endende Wahlperiode und solle zudem für den neuen Verwaltungsbericht genutzt werden.



**TOP 6 Ratsresolution;  
Erdverkabelung Leitungsbauvorhaben Nr. 16 im Bereich  
Melle-Wellingholzhausen/Placke  
Vorlage: 01/2021/0216**

Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage. Er ergänzt, dass die Resolution aus dem Grund zustande gekommen sei, da der Rat der Stadt Melle mit den aktuellen Planungen unzufrieden sei. Mit den Forderungen der Resolution wolle man sich solidarisch mit den Betroffenen zeigen und auch ein politisches Zeichen gegen die geplante Trasse in Hinblick auf die Zerstörung des Natur- und Kulturräume setzen.

Bürgermeister betont, dass sich auf vielen Ebenen für dieses Thema eingesetzt werde. So hätten Herr Dr. André Berghegger, MdB, und Herr Dr. Winfried Wilkens vom Landkreis Osnabrück ein Gespräch mit dem Niedersächsischen Umweltminister Herrn Olaf Lies geführt haben und auf die kritischen Punkte hingewiesen. Eine kurzfristige Rückmeldung hierzu sei zugesagt worden.

Herr Gieshoidt teilt mit, dass der Ortsrat Wellingholzhausen sich in seiner Sitzung am 01.07.2021 mit dem aktuellen Sachstand beschäftigt und hinter die Bürgerinitiative gestellt habe. Durch die Bürgerinitiative sei in den letzten Jahren schon viel erreicht worden und er bittet um Zustimmung.

Herr Schürmann betont die Wichtigkeit der Resolution und dass es wichtig sei, sich rechtliche Schritte vorzubehalten. In dem Bereich würde ein Naherholungsgebiet zerstört. Es seien nicht nur die Bewohner betroffen, sondern die ganze Natur, da es auch um ein FFH-Gebiet dort gehe. In Borgholzhausen schaffe man eine über vier Kilometer lange Erdverkabelung und es sei technisch kein Problem, diese zu verlängern. Wichtig sei, eine innovative Technik anzuwenden und dieses sei die Erdverkabelung. Er bitte darum, die Resolution zu unterstützen.

Herr Reehuis bemerkt, dass der Rat der Stadt Melle und seine Fraktionen nicht generell gegen die Stromtrasse sei. Es gehe allerdings darum, die Eingriffe in die Natur durch eine Erdverkabelung zu minimieren und die Anwohner zu schützen. Aus diesem Grund sei bereits vor Jahren eine Ratsresolution mit diesen Inhalten verabschiedet worden. Damals hätten die rechtlichen Vorgaben für eine Erdverkabelung in diesem Bereich noch nicht vorgelegen. Nun habe der Gesetzgeber festgelegt, dass eine Erdverkabelung auf dieser Trasse zulässig sei. Die Fa. Amprion würde allerdings nur Freileitungen planen. Es würden sogar Zick-Zack-Kurse in Kauf genommen, um Abstände einhalten zu können. Dieses sei unbefriedigend. Als Rat habe man die Aufgabe, darauf einzuwirken, dass die Eingriffe in den Naturhaushalt und die Abstände zu den Wohnhäusern eingehalten würden. Daher werde seine Fraktion die Erdverkabelung weiter fordern und der Resolution gerne zustimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Ausbau der Energienetze zur Unterstützung einer klimaschonenden Energieerzeugung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die sich aus dem Netzausbau ergebenden Herausforderungen müssen in einem breiten Konsens getragen werden, um eine hohe Akzeptanz für den Ausbau der Infrastruktur zu erlangen.

Zwischen den Umspannwerken Lüstringen und Gütersloh plant die Amprion GmbH (Amprion) die Errichtung einer 380-kV-Höchstspannungsleitung. Die Verbindung ist Teil des Vorhabens Nr. 16 der Anlage zu § 1 Abs. 1 des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG).

Die Stadt Melle ist geprägt durch ihre hohe Siedlungsdichte, zahlreichen landwirtschaftliche Gehöfte im Außenbereich und die einzigartigen Naturräume des Grönegaus. Im Bereich „Placke“ plant die Vorhabenträgerin Amprion eine neue Freileitungstrasse, die weitgehend unberührte Natur- und Kulturräume unwiederbringlich zerstört und zudem massiv in ein

Trinkwasserschutzgebiet eingreift. Aus diesem Grunde hat der Rat der Stadt Melle in seiner Sitzung am 14. Juli 2021 folgende Ratsresolution beschlossen:

1. Der Rat der Stadt Melle fordert eine Erdverkabelung im Streckenabschnitt „Placke“.
2. Amprion missachtet mit der geplanten Trassenführung die Grundsätze für die Planung und den Bau von Leitungen sowie die landesplanerische Feststellung des Amtes für Regionale Landesentwicklung (ARL).
3. Die Stadt Melle fordert Amprion auf, die behördliche Weisung des ARL bei der Erstellung der Planfeststellungsunterlagen endlich zu beachten und auch eine Planung für eine Erdverkabelung der Planfeststellungsbehörde vorzulegen.
4. Die Stadt Melle bittet die Planfeststellungsbehörde sowie den Niedersächsischen Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, diese Erwartung Amprion schon vorab mitzuteilen und die Untersuchung der Alternative Erdverkabelung bis zur Einreichung der Unterlagen aufzuerlegen.

**TOP 7      Neuordnung der Sport- und Freizeiteinrichtungen am  
Sportzentrum Melle-Mitte  
Vorlage: 01/2021/0220**

Bürgermeister informiert, dass man sich freue, die geplante Umsetzung am Standort des Hallenbades vorzustellen, da der Landkreis Osnabrück nun sein Projekt umsetzen möchte. Allerdings sei man noch von den entsprechenden Beschlüssen des Kreistages abhängig. Er unterstreicht, dass es für die Belange der Stadt richtig gewesen sei, nicht aufzugeben. Hier sei Stadtrat Dirk Hensiek maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt gewesen.

Herr Hensiek teilt mit, dass man bei der vorliegenden Beschlussvorlage nicht nur über den Neubau einer Sporthalle spreche, sondern über die Neuordnung der Sport- und Freizeiteinrichtungen am Sportzentrum Melle-Mitte. Es sei bereits vor einiger Zeit gefordert worden, diesen Bereich neu auszurichten. Schon damals sei ein Sponsor an die Stadt Melle herantreten, um anzubieten, sich hier für einen besonderen Mehrwert und ein besonderes Konzept zu engagieren. Dieses Angebot sei in die letzten Verhandlungen mit eingeflossen. Die Jahnsporthalle sei mit dem Neubau entbehrlich. Da es keine Aufgabe der Stadt Melle sei, für diese Ersatz zu schaffen, wäre der Sponsor bereit, in der vom Landkreis zu bauenden Halle, eine weitere größere Fläche zu finanzieren. Das Konzept zeige zudem auch einen deutlich erweiterten Nutzerkreis auf. So solle eine frühkindliche und kindgerechte Förderung angeboten werden. Bei weiteren Verhandlungen habe der Landkreis Osnabrück signalisiert, über die 3-Feldsporthalle hinaus eine Halle mit Tribüne, vergrößertem Foyer und zwei Kursräumen zu planen. Die Hallenhöhe werde erweitert, so dass Trampolinsport möglich werde. Die Stadt Melle habe sich aufgrund des Konzeptes bereiterklärt, dem Landkreis Osnabrück das Grundstück zur Verfügung zu stellen. Durch das Zusammenwirken des Landkreises, des Sponsors und der Stadt Melle werde so ein Sporteventzentrum realisiert. In einer ersten frühen Kostenrahmenschätzung sehe es so aus, als ob die vom Sponsor zur Verfügung gestellten 2,0 Mio. € nicht ausreichen. Hier gehe der Landkreis, für den extra Turnbereich, von einem Betrag in Höhe von 2,75 Mio. € aus. Herr Hensiek teilt mit, dass er jedoch davon ausgehe, dass hier nach einer genauen Abrechnung ggf. 2,0 Mi. € auskömmlich seien. Die neben dem Grundstück zusätzlich bereitgestellten 750.000,00 € sollen dem Landkreis als Sicherheit dienen. Er weist darauf hin, dass der Fertigstellungstermin aufgrund eines aktuell vorliegenden Konzeptes auf den 30.06.2024 aktualisiert worden sei.

Herr Kruse bemerkt, dass dank eines großzügigen in Aussicht gestellten Sponsorings für den Bereich der frühkindlichen Förderung und des Turnens, in einer neu konzipierten 3-Feldsporthalle des Landkreises Osnabrück nun eine dringend benötigte Sporteinrichtung entstehe. Der Beitrag der Stadt Melle sei die kostenlose Überlassung eines 7000 m<sup>2</sup> großen Grundstückes. Zudem sichere die Stadt Melle den evtl. nicht von dem Sponsor gedeckten

Baukostenanteil für den zusätzlichen Anbau zu. Dieser Betrag in Höhe 750.000,00 € stehe bereits als Rücklage aus dem Jahresüberschuss 2020 bereit. Der Landkreis Osnabrück kalkuliere für den Neubau der Sporthalle mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 9,3 Mio. €. Erhöhte Bedarfe, eine besondere Hallenhöhe und eine ansprechende Außengestaltung der Halle seien zugesichert worden. Seine Fraktion sei dankbar für die finale Entscheidung des Projektes. Nun müsse mit allen Beteiligten die vertragliche Gestaltung offen und erfolgreich vorangebracht werden. Er dankt Herrn Hensiek für die Erarbeitung der umfangreichen Beschlussvorlage. Durch viele bilaterale Gespräche habe er den Grundstein für die Bereiche der frühkindlichen Förderung und des Turnens als Inhalt des Gesamtkonzeptes gelegt. Gleichzeitig habe er auf die monetären und bilanziellen Folgen einer kostenfreien Übertragung des Grundstückes hingewiesen. Zudem dankt er ausdrücklich dem Sponsor, der Ersten Kreisrätin und dem Präsidenten des SC Melle 03 e. V. für die geleistete Arbeit. Herr Kruse betont, dass die Umsetzung des Projektes einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen werde. Daher habe der Verwaltungsausschuss die Frist bis zum 30.06.2024 verlängert. Es sei fraglich, ob ein Letter of Intent notwendig sei. Natürlich müsse man Verträge absichern, damit es nicht zu unterschiedlichen Interpretationen komme. Jedoch sei ein gemeinsamer Weg wichtig. Bis zur Sitzung des Kreistages im Oktober 2021 werde es eine Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung geben. Dem Kreistag obliege dann der endgültige Beschluss zum Bau der Sporthalle. Herr Kruse stellt fest, dass der Landkreis Osnabrück seine bisher teuerste Sportstätte plane. Der Bedarf für den Schulstandort Melle sei unstrittig, werde jedoch von den umliegenden Gemeinden kritisch betrachtet. Es sei vorab zu klären, ob verbleibende Baukostenrisiken, z. B. durch Preissteigerungen, durch den Kreis oder anteilig durch die Stadt Melle abgesichert werden müssen. Der Bau der Sporthalle sei der Beginn der Neuordnung der Sport- und Freizeiteinrichtungen am Sportzentrum Melle-Mitte. Es stünden der Stadt Melle im Anschluss noch weitere Aufgaben bevor. Die Jahnhalle und das alte Hallenbad müssten abgerissen werden und die Fläche sei neu zu überplanen. Dabei sei die Nutzung der ehemaligen Jugendherberge als Kita zu berücksichtigen. Auch das Parkplatzproblem des Gymnasiums sei ungeklärt. Abschließend teilt er mit, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage mit dem geänderten Fertigstellungsdatum 30.03.2024 zustimme.

Frau Dettmann teilt mit, dass ihre Fraktion sich über den vorliegenden Beschlussvorschlag freue. Bei den Gesprächen sei von allen Seiten konsequent verhandelt worden. Hier gehe es um Steuergelder aller Bürgerinnen und Bürger. Die Stadt Melle und insbesondere die Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen sowie die Kinder werden von der Sporthalle profitieren. Es sei ein großartiges Konzept und es würden sicherlich viele Sportereignisse dort stattfinden können. So sei eine Deckenhöhe, die z. B. den Trampolinsport ermögliche und eine Tribüne geplant. Auch für das Gymnasium sei es eine gute Möglichkeit, Veranstaltungen in Schulnähe durchzuführen. Eine Neuordnung sei für das gesamte Stadtbild positiv. Bedenken bestünden allerdings beim Reitverein hinsichtlich der dort stattfindenden Reitturniere. Frau Dettmann betont, dass man hier jedoch auch eine Lösung finden werde. Ihre Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu.

Herr Thöle stellt fest, dass es aufgrund des finanziellen Umfangs verständlich sei, dass die Planungen für dieses große Projekt länger gedauert hätten. Leider sei es auch durch den Landkreis zu Verzögerungen gekommen. Nun solle man sich jedoch freuen, dass man ein Leuchtturmprojekt für die Stadt Melle bekomme. Er dankt Herrn Hensiek für viele Stunden intensiven Verhandeln. Ein ganz besonderer Dank gelte dem Sponsor des Projektes. Die finanziellen Mittel, die er investiere, machen das Projekt mit den großen Möglichkeiten erst realisierbar. Dem Sponsor sei wichtig, Geld für Kinder und Jugendliche in Melle zu investieren. Auch die Gesamtsituation der Fläche läge ihm sehr am Herzen. Herr Thöle teilt abschließend mit, dass seine Fraktion zustimme und er auf einen schnellen ersten Spartenstich hoffe.

Herr Wüstehube bemerkt, dass mit dem heutigen Beschluss eine große Hürde genommen werde und seine Fraktion zustimme. Es habe zwei Jahre lang intensive und schwierige Verhandlungen mit dem Landkreis gegeben. Man habe Herrn Hensiek das heutige Ergebnis

mit zu verdanken. Es sei ein gut ausgehandelter Kompromiss. Auslöser seien die fehlenden Hallensportstunden für das Gymnasium und die IGS gewesen. Hinzu sei der Wunsch gekommen, etwas für das Gymnasium zu tun, da dort eine Aula für Veranstaltungen fehle. Daher sei eine Tribüne und ein Foyer geplant worden. Selbstverständlich profitierten auch die Vereine von dem zusätzlichen Angebot. Er danke besonders dem Sponsor, der mit einem Betrag in Höhe von 2,0 Mio. € einen zusätzlichen Hallenteil ermögliche. Dieser Bereich mit einer Größe von 640 m<sup>2</sup> solle für die Kunstturner und vormittags für die Kita-Kinder als Spiel- und Sportfläche zur Verfügung stehen. Er schlage vor, dass man sich über den Namen für diesen zusätzlichen Hallenteil Gedanken machen solle. Hier fände er den Namen „Kiebitz“ für durchaus überlegenswert. Seine Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu und halte die Maßnahme für eine hervorragende zukunftssträchtige Investition. Herr Hunting stellt fest, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Melle von der hervorragenden neuen Sporthalle profitieren werden. Seine Fraktion habe sich aus diesem Grund für eine Lösung eingesetzt. Von Anfang an sei man bereit gewesen, das Grundstück zur Verfügung zu stellen, da man so einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger erzielen könne. Er gehe davon aus, dass noch offene Punkte bis zur Entscheidung des Kreistages im Oktober geklärt werden. Man stimme der vorliegenden Beschlussvorlage gerne zu.

Vorsitzender lässt über die Beschlussvorlage mit dem auf den 30.06.2024 geänderten geplanten Fertigstellungstermin abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Zum Zwecke der Neuordnung der Sport- und Freizeiteinrichtungen am Sportzentrum Melle-Mitte sowie zwecks Unterstützung der dauerhaften Aufrechterhaltung und der Erweiterung des Hallensportangebotes für das Turnen bzw. zum Zwecke der Sportförderung aller Generationen wird aus dem Grundstück in der Gemarkung Drantum, Flur 2, Flurstücke 43/7 und 47/3 (ehemaliger Festplatz) eine Teilfläche in Größe von ca. 7.000 m<sup>2</sup> an den Landkreis Osnabrück kostenlos übertragen. Die Übertragung erfolgt unter der Maßgabe, den Schulsportbedarf des Landkreises Osnabrück durch Neubau einer 3-Feldsporthalle inkl. eines durch Sponsoring finanzierten Ergänzungsangebot mit allen zugehörigen Elementen und Außenanlagen bis spätestens zum 30.06.2024 zu realisieren.

Einzelheiten sind in einem Letter of Intent (*Entwurf sh. Anlage*) unter Einbeziehung des vom Landkreis Osnabrück vorgelegten Konzepts zwischen den Beteiligten zu regeln.

Die Stadt Melle verfolgt das Ziel, die bestehende Jahnsporthalle sowie die angrenzenden Gebäude (ehemaliges Hallenbad) im Anschluss zurückzubauen und die Sport- und Freizeiteinrichtungen zeitgemäß und städtebaulich angemessen neu zu gestalten.

Neben der Einbringung des Grundstückes stellt die Stadt Melle ein Budget in Höhe von 750.000 Eur zur Verfügung, das zunächst der Sicherheit von etwaigen unvorhergesehenen Kostensteigerungen dient, die im Rahmen der Projektrealisierung auf den Anteil des Turnens entfallen, soweit die durch Sponsoring max. zur Verfügung stehende Summe von bis zu 2,0 Mio Eur überschritten werden sollte. Sofern und soweit die Mittel erwartungsgemäß nicht zur Deckung von Mehrkosten benötigt werden, stehen diese für den Rückbau und die Neugestaltung der bestehenden Anlagen Jahnhalle/ehemaliges Hallenbad zur Verfügung.

Die durch Haushaltsreste im Rahmen des Jahresabschlusses 2020 übertragenen Mittel der I40019-801 Sportförderrichtlinie werden in Höhe von 750.000 Eur bis auf Weiteres an die Neuordnung der Sport- und Freizeiteinrichtungen am Sportzentrum Melle-Mitte gebunden und dienen insoweit auch zur Deckung etwaig notwendiger außerplanmäßiger Investitionszuschüsse bzw. Investitionen.

**TOP 8      Hochwasserschutz für die Stadt Melle; hier: Maßnahme in Uphöfen**  
**Vorlage: 01/2021/0215**

Bürgermeister teilt mit, dass man in der glücklichen Lage sei, der Gemeinde Hilter ein Angebot zu unterbreiten und damit deutlich mache, dass die Maßnahme der Stadt Melle wichtig sei. Die Stadt Melle könne jedoch nicht außerhalb des Stadtgebietes planen. In Abstimmung mit der Gemeinde Hilter und dem Landkreis Osnabrück habe man alternative Flächen auf ihre Wirksamkeit untersucht. Die Entscheidung sei letztendlich von der betroffenen Gemeinde, dem Amt für regionale Landesentwicklung und der Teilnehmergeinschaft zu treffen. Die Stadt Melle biete eine finanzielle Beteiligung an. Bürgermeister betont, dass er sich freue, dass es hier zu einer schnellen konkreten Kostenschätzung gekommen sei. Für die Stadt Melle sei es eine gute Gesprächsgrundlage, wenn durch die Maßnahme in Uphöfen eine Reduzierung des Einstaus im Bereich Himmern erreicht werden könne.

Herr Look informiert bzgl. weiterer Vorgehensmaßnahmen, dass man eine Entschädigungsrichtlinie gemeinsam mit dem Amt für regionale Landesentwicklung und der Landwirtschaftskammer bereits vorabgestimmt habe. Auch über die weiteren Alternativen der Rückhaltung in Himmern, weitere Standorte und eine Gesamtbetrachtung des Hochwasserschutzes für die Stadt Melle werde gesprochen. Mit den Eigentümern werde man zeitnah Kontakt aufnehmen.

Herr Weßler betont, dass der Hochwasserschutz sehr wichtig sei und allen am Herzen liege. Er begrüßt die Maßnahme im Bereich Uphöfen. Im Moment gehe es nur um erste Kostenschätzungen. Später sollen die konkreten Maßnahmen dann umgesetzt werden. Hier bittet er dann um genaue Informationen über die Umsetzung. Auch in Hinblick auf den Hochwasserschutz in Gesmold bittet er um Auskunft bzgl. der Entschädigungssatzung.

Herr Hunting teilt mit, dass das Thema „Hochwasserschutz“ viele Bereiche in Melle betreffen. Insbesondere Melle-Mitte sei hier durch die Else, in die das Wasser der anderen Vorfluter zusammenlaufe, betroffen. Die Position seiner Fraktion sei gewesen, dass das Wasser dort zurückgehalten werden müsse, wo es entstehe. In der Vergangenheit seien auch Maßnahmen ergriffen worden, um den schnellen Abfluss der Oberläufe zu gewährleisten. Dieses führe aber teilweise zu Problemen an den Unterläufen. Aus diesem Grund seien die Maßnahmen, die in der Beschlussvorlage aufgeführt sind, ein richtiger Schritt. Er sei dankbar über die Bereitschaft, sich beim Hochwasserschutz für die Stadt Melle zu engagieren. Dieses sei ein erster Schritt. Die Maßnahme in Uphöfen habe auch eine entlastende Auswirkung auf die Hochwassersituation in Melle-Mitte und sollte ein Signal an die Grundstückseigentümer sein, an anderer Stelle ihren Beitrag zu leisten. Er bemerkt abschließend, dass Wasser nicht nur in Siedlungsbereichen entstehe, sondern auch von forst- und landwirtschaftlichen Flächen abfließe. Seine Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu.

Herr Wüsthube erinnert, dass an dem Thema „Schutz vor Hochwasser und Starkregen“ seit vielen Jahren gearbeitet werde. Es könne jedoch keinen 100%-igen Schutz geben. Bei extremen Wetterereignissen könne auch eine Retentionsmaßnahme wie hier geplant nicht helfen. Man befinde sich in einem Klimawandel und könne zwar versuchen, etwas dagegen anzuarbeiten, müsse jedoch bei einer extremen Wetterlage mit Überschwemmungen leben. Heute gehe es um den Schutz von Flächen in Gesmold und im weiteren Verlauf in Melle-Mitte. Es gebe eine Computersimulation die zeige, wie Wasser im Bereich Himmern fließe und wie man es zurückzuhalten könnte. So würde klar, was zu tun sei. Das Wasser müsse

ein paar Tage länger auf den Flächen verbleiben, bevor es weiterfließe. Es müssten kleine Dämme aufgeschüttet werden und das schnelle Abfließen in die Bäche sei unterbunden. Auch eine Entschädigungsrichtlinie sei kein Problem. Seiner Meinung nach läge das Problem darin, dass man mit den Eigentümern der Flächen in richtige Gespräche kommen müsse. Auch für die Verlegung der Alten Else sei man erst nach Jahren zu einer Lösung gekommen. Diese Maßnahme helfe dem Hochwasserschutz. Herr Wüstehube bemerkt, dass für die Maßnahme in der vorliegenden Beschlussvorlage ein Betrag in Höhe 350.000,00 € zu zahlen sei. Dieser Betrag sei nicht für Investitionen in Melle, sondern im Bereich der Gemeinde in Hilter. Eigentlich lehne man so etwas ab. Im Endeffekt sei es jedoch richtig und wichtig, da so 50.000 m<sup>3</sup> Niederschlagswasser in Uphöfen zurückgehalten werden können. Seine Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu. Er weise jedoch darauf hin, dass man das Problem im Bereich Gesmold und Himmern so nicht lösen könne. Daran müsse weiter gearbeitet werden.

Herr Schulke bemerkt, dass das Thema „Hochwasserschutz“ die gesamte Stadt Melle betreffe. In den letzten Jahren habe es immer wieder Hochwasserereignisse gegeben. Es sei wichtig, dieses Thema anzugehen. Die Retentionsmaßnahme in Uphöfen sei richtig und ein gutes Angebot. Er bittet um Informationen über den Verlauf der Gespräche zwischen der Gemeinde Hilter und der Stadt Melle. Auch andere Maßnahmen, wie z. B. die Verlegung der Alten Else seien ein richtiger Schritt. Entscheidend sei, dass der Hochwasserschutz ein Gesamtgebilde sei und viele Maßnahmen notwendig seien. Wichtig sei, jetzt auf die betreffenden Anlieger zuzugehen und mit ihnen die Alternativen und die Entschädigungsregelung zu besprechen. Dieses müsse parallel zu der Maßnahme in Uphöfen geschehen.

Herr Otto teilt mit, dass er es begrüße, dass die Umlegung der Alten Else nun angegangen werde. Auch die kreative Lösung der Maßnahme zum Hochwasserschutz in Uphöfen befürworte er.

Bürgermeister erklärt, dass die Eigentümerinnen und Eigentümer der Flächen über einen Entwurf der Entschädigung informiert würden. In den nächsten Tagen werde eine Einladung hierzu versandt. Man wolle ein Gespräch mit den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern. Gemeinschaftlich werde man schauen, ob man mit dem guten Signal aus der Gemeinde Hilter ein Zeichen setzen könne. Bürgermeister unterstreicht, dass er die Meinung der Flächeneigentümerinnen und -eigentümer verstehen könne. Jeder habe ein gutes Recht, die Belastung auf seinem Grundstück mindern zu wollen. Hier müsse man aufeinander zugehen. Er sagt den Betroffenen zu, ihnen die erarbeiteten Alternativvorschläge von Herrn Tempelmann im Vorfeld der Gespräche zukommen zu lassen.

Herr Weißler hinterfragt, ob man jetzt bereits genaue Angaben über die geplante Maßnahme in Uphöfen machen könne.

Bürgermeister erklärt, dass geplant sei, ein Drosselbauwerk mit Spundbohlen zu errichten. Genau bekannt sei im Moment nur der Rauminhalt von ca. 50.000 m<sup>3</sup>.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes im Stadtgebiet Melle beteiligt sich die Stadt an einer Retentionsmaßnahme im Bereich Uphöfen der Gemeinde Hilter a.T.W. mit bis zu 350.000 Euro für investive und investitionsvorbereitende Maßnahmen.
2. Ein entsprechendes Angebot wird der Gemeinde Hilter a.T.W. und den weiteren Planungsbeteiligten unterbreitet.

3. Die notwendigen Haushaltsmittel werden zunächst durch eine über- bzw. außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in 2021 zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 bereitgestellt. Die Deckung erfolgt innerhalb des Budgets Hochwasserschutz. Im Rahmen eines Nachtragshaushaltes sollen in der 2. Jahreshälfte die Höhe der Verpflichtungsermächtigung für den Hochwasserschutz in 2021 und die entsprechenden Haushaltsansätze in 2022 um jeweils 350.000 erhöht werden, um die weiteren Maßnahmen sicherzustellen.

**TOP 9      Überplanmäßige Aufwendung für das Produkt 111-10  
Organisationsangelegenheiten zur Beschaffung von  
Covid19-AntiGen-Schnelltests  
Vorlage: 01/2021/0192**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Melle beschließt gemäß §117 NKomVG die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für das Produkt 111-10 Organisationsangelegenheiten in Höhe von 79.287,50 EURO für das Haushaltsjahr 2021.

**TOP 10     Änderung der Satzung des Seniorenbeirates  
Vorlage: 01/2021/0133**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Grube teilt mit, dass es sehr positiv sei, dass sich eine interfraktionelle Allianz gebildet habe, um dieses Thema aufzugreifen. Durch die Satzungsänderung würden Seniorinnen und Senioren aus dem gesamten Stadtgebiet angesprochen.

Frau Dettmann informiert, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Sie erinnert, dass ihre Fraktion vor einiger Zeit einen Antrag auf Veränderung des Seniorenbeirates in einen Senioren- und Behindertenbeirat gestellt habe. Sie freue sich, dass die Satzung nun geändert werde.

Herr Wüsthube unterstreicht, dass es gut sei, dass es den Seniorenbeirat gebe und dieser aus allen Ortsräten käme. Bzgl. der Wahl habe er jedoch Bedenken. Es solle zukünftig eine Bewerbungskampagne stattfinden und interessierte Personen könnten sich dann mit einem Vordruck bewerben. Er gibt zu bedenken, dass es hier aufgrund der geplanten Wahl durch die Ortsräte zu einem politischen Tauziehen kommen könnte. Aus diesem Grund werde er sich der Stimme enthalten.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei vier Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

Der neuen Satzung des Seniorenbeirates wird zugestimmt.

**TOP 11    Satzung für den neu einzurichtenden Behindertenbeirat  
Vorlage: 01/2021/0135**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Grube weist auch hier darauf hin, dass intensive interfraktionelle Diskussionen stattgefunden haben. Es sei wichtig, Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte, umfassende Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Frau Dettmann betont, dass ihre Fraktion hier selbstverständlich zustimmen werde. In der Vergangenheit sei der Anstoß des Öfteren gegeben worden. Hier sei besonders das Engagement von Herrn Manfred Lindemann zu nennen. Es sei gut, dass Inklusion im öffentlich Bereich in der Stadt Melle noch mehr in den Blick gerate.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Satzung für den neu einzurichtenden Behindertenbeirat wird zugestimmt.

**TOP 12    Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der  
Ortsfeuerwehr Bakum  
Vorlage: 01/2021/0140**

Vorsitzender ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Bakum wird

**Sebastian Krämer**

unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.10.2021 bis zum 30.09.2027

**zum stellv. Ortsbrandmeister**

der Ortsfeuerwehr Bakum  
ernannt.

**TOP 13    Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Groß  
Aschen  
Vorlage: 01/2021/0141**

Vorsitzender ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden



## **Beschluss:**

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Groß Aschen wird

### **Jannik Engelbrecht**

unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter für die Dauer von sechs Jahren mit Wirkung des 01. des Monats nach Bestehen des erforderlichen Gruppenführerlehrgangs

### **zum Ortsbrandmeister**

der Ortsfeuerwehr Groß Aschen ernannt.

## **TOP 14 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege Vorlage: 01/2021/0199**

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Kruse informiert, dass der ersten Version einer Vereinbarung wegen erheblicher unterschiedlicher Kostenquoten auch durch den Rat der Stadt Melle im Dezember 2020 nicht zugestimmt worden sei. Nun läge eine gerechtere Verteilung der Mittel des Landkreises Osnabrück vor und käme zur Abstimmung. Bei der vorherigen Vereinbarung wäre es zu einer Kostenausgleichszahlung in Höhe von 42 % gekommen. Dieses wäre ein Fehlbetrag von rd. 800.000,00 € pro Jahr gewesen. Nach dem nun vereinbarten Verteilschlüssel erhalte die Stadt Melle für 2019 einen Ausgleichsbetrag in Höhe von 5,5 Mio. € (46 % der Kita-Kosten) und für 2020 einen Betrag in Höhe von 6,4 Mio. € (48 % der entstandenen Kosten). Zukünftig werde der Erstattungsbetrag sich auf 50 % der Nettokosten belaufen. Für den Landkreis Osnabrück entstünden dadurch keine höheren Kosten. Allerdings gäbe es für einige Gemeinden eine deutlich geringere Kostenbeteiligung. Dieses würde jedoch solidarisch mitgetragen werden. Dafür spreche er seinen Dank aus.

Herr Hunting teilt mit, dass seine Fraktion im Kreistag von vornherein darauf hingewiesen habe, dass die ursprünglich geplante Vereinbarung einer Kostenverteilung auf Basis der 0-13 Jahre alten Kinder ungerecht sei. Dieses gelte besonders für Kommunen die, wie die Stadt Melle, eine höhere Betreuungsquote hätten. Eine Diskussion hätte nun heute nicht mehr erfolgen müssen, wenn ein Beschluss, wie von seiner Fraktion vorgeschlagen, gefasst worden wäre und eine Abrechnung auf Basis der tatsächlich anfallenden Kosten durchgeführt worden wäre. Er dankt allen, die an den Nachverhandlungen beteiligt gewesen seien, insbesondere allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern für ihre Solidarität. Wichtig sei auch, die Standards im Landkreis zu vereinheitlichen. Seine Fraktion habe eine Umsetzung ab sofort vorgeschlagen. Bedauerlicherweise sei diese nun erst für 2023 geplant. Trotzdem stimme seine Fraktion der Beschlussvorlage so zu.

Herr Reehuis erinnert, dass die Betreuung von Kindern in Kitas eigentlich eine originäre Aufgabe des Landkreises sei. Die Stadt Melle habe die Aufgabe übernommen, da man der Meinung sei, dass es wichtig sei, wohnortnah die Organisation der Kitas vorzunehmen. Die Standards der Meller Kitas seien sehr gut, aber auch teuer. Hier müsse die Finanzierung gerecht aufgeteilt sein. Bisher habe es eine Regelung gegeben, dass es Kommunen gebe, die nur 35% der Kosten erstattet bekämen. Bei anderen seien 65% der Kosten übernommen worden. So eine Ungleichbehandlung sei nicht akzeptabel. Er unterstreicht, dass er bereits mehrfach darauf hingewiesen habe, dass so eine Kostenteilung nicht gerecht und zukunftssträchtig sei. Im Grunde müsste man zu einer Kostenteilung je zur Hälfte kommen. Über die vorliegende Vereinbarung freue man sich. Man werde jedoch trotzdem nicht auf eine Quote von 50% kommen, da eine Kostenerstattung immer auf Basis des vorletzten Jahres erfolge. Auch werde die Regelung nicht sofort umgesetzt. Insgesamt sei es für die

Stadt Melle jedoch eine entscheidende Verbesserung. Er danke Bürgermeister für das vorliegende Ergebnis der Verhandlungen und seine Fraktion stimme zu.

Herr Thöle unterstreicht die Aussage von Herrn Hunting. Er bemerkt jedoch, dass es durch die nicht sofortige Umsetzung nur zu einer Vorfinanzierung komme. Die Kosten würden im Nachhinein erstattet werden. Das Ergebnis sei sehr gut für die Stadt Melle. Ohne eine solche Vereinbarung wären die finanziellen Auswirkungen gravierend gewesen. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus den Kommunen des Landkreises Osnabrück hätten sich solidarisch gezeigt. Er gratuliert dem Verhandlungsführer, Bürgermeister Scholz zu dem guten Ergebnis für die Stadt Melle.

Bürgermeister bemerkt, dass es ein solches Ergebnis nur mit einer Rückendeckung aus dem Rat geben könne. Er bedankt sich hierfür bei allen Fraktionen. Außerdem brauche es Vertrauen zu 21 Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten, die alle die Aufgabe hätten, sich für die Belange ihrer Stadt oder Gemeinde einzusetzen. Dieses könne nur funktionieren, wenn es als Gemeinschaftsleistung gesehen werde und es nicht den Verdacht gebe, dass die Stärkeren auf Kosten der Schwächeren Vorteile erzielen wollen. Dieses Vertrauen sei in den letzten Jahren gewachsen und so habe man eine Geschlossenheit hinbekommen. Er unterstreicht, dass die Lösung einen Solidareffekt habe. Würde man nach Kreisumlage abrechnen, wären die steuerschwachen Kommunen nicht in der Lage, ihrer Aufgaben in Sachen Kinderbetreuung gerecht zu werden. Für alle 21 Städte und Gemeinden im Landkreis Osnabrück sei es ein wichtiges Anliegen, die Betreuung gut zu regeln. Er sei dankbar, dass eine Linie bei den Verhandlungen gefunden und gehalten worden sei. Ihm sei wichtig festzustellen, dass alle 21 beteiligten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bei den Verhandlungen eine Rolle gespielt hätten und man so zu einem Erfolgserlebnis gekommen sei. Er sei dankbar, dass es in der Sitzung des Kreistages einen einstimmigen Beschluss hierzu gegeben habe.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

Mit dem anliegenden Entwurf einer Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (ÖrV) über die Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege soll die Finanzierung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen rückwirkend zum 01.01.2021 neu geregelt werden.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, auf Basis des anliegenden Entwurfs (Stand: 11.06.2021) die entsprechende Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück abzuschließen.

#### **TOP 15    Unterjähriger Controllingbericht der Stadt Melle zum Stichtag 31.05.2021 Vorlage: 01/2021/0194**

Herr Hensiek erläutert die Informationsvorlage. Er informiert, dass sich in der Anlage zur Beschlussvorlage ein Fehler eingeschlichen habe. Richtig müsse es natürlich heißen, dass sich im Ergebnishaushalt ein um 1,38 Mio. € schlechteres Ergebnis ergebe. Man werde nach heutiger Prognose ungefähr mit einer „Schwarzen Null“ abschließen. Dieses sei ein erfreuliches Ergebnis. Er weist besonders auf das Investitionsprogramm hin, dieses belaufe sich aufgrund der Haushaltsansätze und dem Rest aus den Vorjahren mittlerweile auf 41,0 Mio. €. So sei es nicht verwunderlich, dass voraussichtlich nicht alle Investitionen in diesem Jahr abgeschlossen werden können. Man gehe jedoch davon aus, dass für 26,0 Mio. € Investitionen durchgeführt würden und man somit einen großen Schritt im Abbau des Investitionsprogramms vorankomme. Er stellt fest, dass es im Moment nicht das Problem sei, weiteres Geld bereitzustellen, sondern wie man es schaffe, mit den Engpässen das geplante Investitionsprogramm abzarbeiten. Es müssten viele Aufträge vergeben werden

und es sei notwendig, dass diese öffentlich ausgeschrieben werden und dabei das Vergaberecht eingehalten werde. Durch das gesetzlich vorgegebene Verfahren käme es so manchmal zu Verzögerungen. Auch für das kommende Jahr seien bereits weitere Investitionen im Haushalt veranschlagt worden. Wenn die Investitionen in diesem Jahr nicht vollständig durchgeführt werden können, würden haushaltsrechtlich nur die Investitionen veranschlagt werden, die auch durchfinanziert worden seien, also seien entsprechende Kreditermächtigungen aufgenommen worden. In einer späteren Sitzung des Rates sei dann noch zu entscheiden, ob sämtliche Kreditermächtigungen aus dem Vorjahr noch realisiert werden sollen oder Investitionen im neuen Jahr neu veranschlagt werden sollen. Es sei nicht geplant, Maßnahmen zu streichen.

Alle anwesenden Mitglieder des Rates der Stadt Melle nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**TOP 16     Annahme von Zuwendungen**  
**Vorlage: 01/2021/0201**

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt genehmigt die Annahme und Vermittlung von Zuwendungen i.S.v. § 111 Abs. 7 NKomVG gemäß der Anlage 1 für die Stadt Melle.

**TOP 17     Bebauungsplan "Wohnpark Groenen Feld - 1. Änderung",**  
**Melle-Buer; hier: Beschluss über die Abwägung,**  
**Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 01/2021/0134**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Uffmann ergänzt, dass es sowohl in der Sitzung des Ortsrates Buer, als auch in der Sitzung des Ausschusses für Planen und Stadtentwicklung eine intensive Diskussion gegeben habe. In beiden Gremien sei der Beschlussvorschlag mehrheitlich abgelehnt worden. Inhaltlich sei man sich zwar einig gewesen, dass die Kompensation nun nach 25 Jahren doch umgesetzt werden könnte. Allerdings habe der lange Zeitraum zu einer ausführlichen Diskussion geführt. Man habe sich immer vorbehalten, erst wenn der städtebauliche Vertrag unterschrieben worden sei und alle zu regelnden Dinge abgesichert seien, positive Beschlüsse zu fassen. Mittlerweile sei der Vertrag jedoch unterschrieben worden.

Herr Hunting teilt mit, dass er dem Satzungsbeschluss nicht zustimme. Man wolle so die Missbilligung darüber zum Ausdruck bringen, dass der Grundstückseigentümer 23 Jahre seinen Verpflichtungen aus dem damaligen Erschließungsvertrag nicht nachgekommen sei. Erst nach intensivem politischem Druck sei Bewegung in die Angelegenheit gebracht worden. Mit dem neuen städtebaulichen Vertrag sei es zudem nicht gelungen, dass der Grundstückseigentümer den ökologischen Ausgleich für eine Fläche von 1,5 ha erfülle. Herr Hunting bemerkt, dass er damals dem Bebauungsplan und der städtebaulichen Erschließungsvereinbarung mit Freude zugestimmt habe. Für die Entwicklung von Buer sei es eine gute Maßnahme gewesen. Bedauerlich sei, dass 23 Jahre das Vertrauen missbraucht worden sei.

Herr Wüstehube erinnert, dass vor fast 25 Jahren ein Grundeigentümer eine landwirtschaftliche Fläche mit Hilfe eines Ratsbeschlusses zu Bauland gemacht habe. Viele

Grundstücke seien verkauft worden. In Bezug auf die Kompensationsmaßnahmen sei der Bebauungsplan jedoch nicht umgesetzt worden. So insbesondere die Maßnahme „Wald entwickeln“. Jahrelange Gespräche hätten nichts bewirkt und harte Durchsetzungsmaßnahmen seien politisch nicht opportun gewesen. Herr Wüsthube unterstreicht, dass es immerhin um 20.000 ökologische Werteinheiten gehe. Wenn man mit 5,00 € pro Einheit rechne, käme man auf einen Betrag von 100.000,00 €. Vor drei Jahren sei der Eigentümer auf die Idee gekommen, dort, wo eigentlich Wald sein solle, lieber eine Pferdeweide haben zu wollen. Außerdem bietet er Ausgleichsflächen außerhalb des Bebauungsplanes an. Dafür müsse dieser allerdings geändert werden. Seine Fraktion sei der Meinung, dass man so nicht mit Ratsbeschlüssen umgehen könne. Der Bebauungsplan solle so umgesetzt werden, wie der Rat der Stadt Melle ihn im Jahr 1996 beschlossen habe. Seine Fraktion werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Herr Oberschmidt teilt mit, dass es niemanden helfe und weiterbringe, wenn der Beschluss heute nicht gefasst werde. Aus diesem Grund bittet er um Zustimmung. Herr Spiekermann informiert, dass seine Fraktion dem Beschluss nicht zustimme. Es könne nicht sein, dass jemand dafür belohnt werde, dass er 23 Jahre lang die geforderten Maßnahmen nicht durchgeführt habe und nun so auch noch für ihn bessere Kompensationsmöglichkeiten erzielen könnte. Der Beschluss aus dem Jahr 1996 müsse umgesetzt werden. Herr Weßler bemerkt, dass man in den letzten drei Jahren darauf hingearbeitet habe, durch den Satzungsbeschluss eine Lösung herbeizuführen. Hier müsse es zu einem Abschluss kommen. Ansonsten werde das Verfahren wieder von vorne beginnen. Er bittet um Zustimmung, damit das Thema abgeschlossen werde.

Der Rat der Stadt Melle lehnt mit 19 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 1, 2 und § 4 Abs. 1, 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Wohnpark Groenen Feld – 1. Änderung“ wird als Satzung beschlossen.

**ab.**

**TOP 18 18. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich "Freizeitraum Bruchmühlen - 1. Änderung", Melle-Bruchmühlen; hier: Beschluss über die Abwägung, Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0166**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlagen zu TOP 18 und TOP 19. Er weist beginnend darauf hin, dass es bei der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes nicht um einen Satzungsbeschluss, sondern um einen Feststellungsbeschluss gehe. Inhaltlich ergebe sich dadurch jedoch keine Änderung.

Herr Uffmann ergänzt, dass durch die politischen Beratungen und den Beschluss bzgl. der ökologischen Belange in der Stadtentwicklung das Thema „Photovoltaikanlagen“ mit eingeflossen sei. Im Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung sei zudem eine wasserdurchlässige Pflasterung des Parkplatzes diskutiert worden.

Herr Wüsthube teilt mit, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage zum Flächennutzungsplan gerne zustimme. Die Stadt Melle habe es geschafft, einen Discounter innerhalb der Landesgrenze zu halten. Der Bebauungsplan werde allerdings nur mit deutlicher Kritik unterstützt. Es gebe einige gute ökologische Maßnahmen, wie z. B. die

Photovoltaikanlage, Baumpflanzungen usw. Es fehlten jedoch eine wasser- und luftdurchlässige Pflasterung des Parkplatzes. Die Umwelt- und Naturbehörde des Landkreises und das Umweltbüro der Stadt Melle haben zwar darauf hingewiesen, jedoch habe die Verwaltung darauf verzichtet und dieses damit begründet, dass ein wasser- und luftdurchlässiges Pflaster bei großem Verkehrsaufkommen zu einer Lärmproblematik führe. Dieses sei für ihn an dieser Stelle nicht nachvollziehbar. Wenigstens die Stellplätze hätten mit einer durchlässigen Pflasterung errichtet werden können.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 und 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Die 18. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Melle im Bereich "Freizeitraum Bruchmühlen - 1. Änderung" wird festgestellt.

**TOP 19    Bebauungsplan "Freizeitraum Bruchmühlen - 1. Änderung",  
Melle-Bruchmühlen; hier: Beschluss über die Abwägung,  
Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0165/1**

Redebeiträge hierzu s. TOP 18.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 und 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Freizeitraum Bruchmühlen – 1. Änderung“ wird als Satzung beschlossen.

**TOP 20    Außenbereichssatzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB "Alte  
Bauernschaft Westerhausen", Melle-Oldendorf; hier:  
Beschluss über die Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 01/2021/0119**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Uffmann teilt ergänzend mit, dass in der Sitzung des Ausschusses für Planen und Stadtentwicklung diskutiert worden sei, dass anstelle des Außenbereichs eigentlich die Innenentwicklung bevorzugt werden sollte. Allerdings könne man im Rahmen der Außenbereichssatzung nicht über einen richtigen Bebauungsplan sprechen. Es werde der Verwaltung nur die Möglichkeit gegeben, im Außenbereich Genehmigungen zu erteilen. Bei der Baugenehmigung würden dann alle ökologischen Belange berücksichtigt. Es könnten nur einzelne Häuser oder Umbauten entstehen. Siedlungen könnten dadurch stabilisiert werden und ggf. Möglichkeiten für nachfolgende Generationen geschaffen werden. Man sei sich im Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung einig, sich auch in anderen Bereichen mit dem Thema auseinandersetzen zu wollen.

Frau Kattner-Tschorn informiert, dass in der Sitzung des Ortsrates ebenfalls über das Thema diskutiert worden sei. Mehrheitlich sei es dann zu einer Zustimmung gekommen. Man habe

durch die Außenbereichssatzung die Möglichkeit, die Bauernschaften zu stärken. So könnten Kinder ggf. in der Nähe der Eltern bauen und kleinere Gewerbe könnten sich ansiedeln.

Herr Trenkler teilt mit, dass seine Fraktion sich gegen den vorliegenden Beschlussvorschlag ausspreche. Im Zielsystem der Stadt Melle sei unter dem Handlungsschwerpunkt 4.3 festgelegt worden, dass man ressourcenschonende Bestands- und Baulandentwicklung unter Priorisierung der Innenentwicklung fördern wolle. Aus Sicht seiner Fraktion bestehe keine Notwendigkeit, in der Alten Bauernschaft Westerhausen weitere Möglichkeiten für eine Wohnbebauung oder für Gewerbe- und Handwerksbetriebe zu schaffen. So entstünde eine weitere Zersiedelung des Stadtteils Oldendorf. Eine Unverträglichkeit mit den landwirtschaftlichen Betrieben könne nicht ausgeschlossen werden. Außerdem gebe es in dem Bereich ein Wasserschutzgebiet.

Herr Spiekermann informiert, dass seine Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen werde. Eine verdichtete Bebauung im Außenbereich sei nicht notwendig. Sie führe zu einer geschlossenen Siedlung und dieses dürfe nicht Ziel einer Außenbereichssatzung sein.

Der Rat der Stadt Melle fasst mit 32 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen folgenden

#### **Beschluss:**

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB wird wie in der Anlage dargestellt beschlossen.

Die Außenbereichssatzung „Alte Bauernschaft Westerhausen“ wird als Satzung beschlossen.

#### **TOP 21 Strategische Ausrichtung und Entwicklung der Kläranlagen Vorlage: 01/2021/0178**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Trenkler ergänzt, dass der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau und der Verwaltungsausschuss die Beschlussvorlage einstimmig empfohlen haben.

Herr Thöle bemerkt, dass die Stadt Melle laufend in die Unterhaltung und Modernisierung der Kläranlagen investiere. In den Jahren 2021 und 2022 gehe es dabei um einen Betrag in Höhe von 2,9 Mio.€. Dieses sei wichtig, um die Kläranlagen technisch und umwelttechnisch auf den neusten Stand zu halten. Um mit der Zeit zu gehen, habe nun ein Planungsbüro die Meller Kläranlagen untersucht und als optimalen Weg die Variante drei vorgeschlagen. Diese beinhalte die Schließungen der Kläranlagen in Buer, Bruchmühlen und Wellingholzhausen. Unter Berücksichtigung eines langfristigen Planungszeitraums und Wirtschaft- und Umweltaspekten sei dieses die beste Variante. Herr Thöle weist auf die Möglichkeit hin, eine vierte Reinigungsstufe einzurichten. Dieses sei an einem größeren Standort wie Melle-Mitte langfristig sicher effizient und sinnvoll. Hier sei die Grundstücksfrage noch zu klären. Auch das Thema „Klärschlamm-trocknung“ hänge mit der strategischen Ausrichtung der Kläranlagen zusammen. Seine Fraktion stimme der vorliegenden Beschlussvorlage zu.

Herr Schürmann teilt mit, dass es der richtige Weg sei, die Abwasserbeseitigung und Kläranlagen zukunftsfähig zu machen. Schon seit längerem habe man sich über diese Thematik Gedanken gemacht. Bei der Variante drei sei es gut, dass nur noch drei Kläranlagen betrieben würden. Es sei zudem möglich, ein Drittel der Energie durch Faulung einzusparen. Er stimme der Beschlussvorlage zu.

Herr Weßler unterstreicht, dass man sich anhand einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung auf den Weg gemacht habe, damit die Kläranlagenlandschaft wirtschaftlich und ökologische auf den neusten Stand gebracht würden. Bereits vor Jahren habe man sich hierzu Gedanken gemacht. Viele Kläranlagen seien sanierungsbedürftig. Man habe sich nun darauf geeinigt, drei Anlagen zu erhalten. Zukünftig wolle man die Abwasserbeseitigung noch wirtschaftlicher

und effektiver angehen. Nun habe man die Chance, die Kläranlagenlandschaft in Melle modern aufzustellen. Es gehe auch darum, Energie einzusparen und zu gewinnen. Die vierte Reinigungsstufe sei eine gute Möglichkeit, den Anforderungen ökologisch und umwelttechnisch gerecht zu werden. Seine Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu und werde die Umsetzung positiv begleiten.

Herr Reehuis erinnert, dass schon vor einigen Jahren die Kläranlagen in Riemsloh und in St. Annen aufgelöst worden seien. Der Grund sei, dass die erhöhten Umwelterfordernisse eine Konzentration der Standorte erfordern. Ökonomisch seien kleine Anlagen ebenfalls nicht tragbar. Es müsse jedoch bedacht werden, dass ggf. längere Abwasserleitungen notwendig seien. Evtl. seien jedoch beim Abtransport der Klärschlämme Einsparungen möglich. Er stimme der Beschlussvorlage zu.

Herr Mittelberg teilt mit, dass ein großes Expertenwissen erforderlich sei, die vorliegenden Informationen zu erarbeiten und zu beurteilen. Er sei erfreut, dass das Tiefbauamt eine gute und detaillierte Beschlussvorlage erstellt habe. Dieser könne seine Fraktion vertrauensvoll zustimmen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

1. Die Anzahl der Kläranlagen wird gemäß dem Konzept zur Anpassung und Sanierung der Kläranlagen auf drei Standorte in Melle-Mitte, Gesmold und Neuenkirchen (Variante 03) reduziert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzungsschritte aufzuarbeiten und den Gremien vorzulegen. Dabei sollen auch fiskalische und organisatorische Umsetzungs- und Beteiligungsmodelle dargestellt werden.

#### **TOP 22 Klärschlamm Trocknung** **Vorlage: 01/2021/0185**

Bürgermeister erläutert die Beschlussvorlage. Er empfehle den vorliegenden Beschlussvorschlag, um so abzuklären, ob so ein innovatives Konzept mit einer Nahwärmeversorgung in Melle-Mitte erreicht werden könne.

Herr Marahrens unterstreicht, dass mit der Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Errichtung einer Klärschlamm Trocknung der Grundstein für einen wegweisenden kommunalen Umweltschutz gelegt werde. Es gehe um die optimale Ausnutzung von 16.000 MWh Prozesswärme und die Wärmeversorgung von mehrerer hundert Wohneinheiten. Bzgl. einer möglichen zentralen Trocknung in Georgsmarienhütte teilt er mit, dass man auch dort für die 4.500 t Klärschlamm verantwortlich sei. Man müsse die Bedenken der Anwohner ernst nehmen und den Plan, die Klärschlamm Trocknung selber vor Ort durchzuführen, weiter verfolgen. Abschließend stellt er fest, dass die Versorgung mit Wärme durch die zwei Partner auf jeden Fall gesichert sei.

Herr Mittelberg teilt mit, dass er in den Vorberatungen den Eindruck gehabt habe, dass die Konzeption kommunal übergreifender Klärschlamm Entsorgung gefestigt sei. Hier habe er sich offensichtlich geirrt. Aufgrund von Informationen aus einem Pressebericht befürchte er, dass die Stadt Georgsmarienhütte nicht mehr interessiert sei. Er stellt fest, dass man hier alternativlos sei. Er werde sich bei der Abstimmung enthalten und bitte die Verwaltung, alternativ vorzugehen und sich nicht von fremden Interessen leiten zu lassen.

Herr Hunting bemerkt, dass seiner Fraktion die Machbarkeitsstudie noch nicht bekannt sei. Heute werde nur über die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie entschieden und seine Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen. Mehrere Jahre habe man sich mit einem Konzept zur interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Stadtwerken

Georgsmarienhütte, der Stadt Bramsche und der Gemeinde Wallenhorst auseinandergesetzt. Fachlich habe man dieses vorgestellt bekommen und in einem Letter of Intent zu Papier gebracht. Alle Daten und Fakten seien nachvollziehbar gewesen. Danach habe es aus Meller Unternehmenskreisen die Anregung gegeben, über eine eigene Form der Nahwärmenutzung nachzudenken. Er stellt fest, dass im Zusammenhang mit der Klimawende die Nahwärmenutzung ein wichtiger Baustein sei. Er betont, dass das Konzept mit den finanziellen Auswirkungen und Nachhaltigkeitsparametern für die interkommunale Zusammenarbeit vorliege und schlüssig sei. Man werde beide Konzepte kritisch miteinander vergleichen und dann verantwortungsvoll entscheiden, welches die beste Lösung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Melle sei. Er befürworte, dass die interkommunale Kooperation mit den Städten Bramsche und Georgsmarienhütte nur zurückgestellt wurde und so die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie abgewartet werden können.

Herr Thöle begrüßt ebenfalls, dass die interkommunale Kooperation im Moment noch nicht beendet werde. Er ist jedoch nicht der Meinung, dass man alternativlos sei. Als starke Stadt sei Melle in der Lage, die Klärschlamm-trocknung finanziell und der Umwelt zuliebe selber hinbekomme. Er freue sich zwar immer über die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, erinnert jedoch, dass die Gemeinde Wallenhorst sich nach den ersten Gesprächen aus der interkommunalen Kooperation zurückgezogen habe, weil die Gemeinde selber die Klärschlamm-trocknung und -entsorgung umsetzen wolle. Die Machbarkeitsstudie werde den richtigen Weg zeigen. Er stimme der Beschlussvorlage gerne zu.

Herr Reehuis bemerkt, dass man eine Klärschlamm-trocknung vornehmen müsse, damit eine Verbrennung stattfinden könne. Aus diesem Grund sei die Trocknung eine wichtige Frage und eine Kooperation sei angedacht und vorbereitet gewesen. Seine Fraktion hätte hier zugestimmt. Im weiteren Prozess seien Fakten aufgetaucht, die zu einem Umdenken in Bezug auf Prüfungen der Meller Potentiale geführt hätten. Aus diesem Grund werde seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen. Gleichwohl gebe es noch einige Unwägbarkeiten und ein gewisses Risiko sei vorhanden. Aufgrund der zu erschließenden Potentiale sei man bereit, den Weg so mitzugehen. Die Stadt Melle habe genug Klärschlamm, um zu einer eigenen Lösung, die wirtschaftlich und ökologisch darstellbar sei, zu kommen. Seine Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu.

Herr Weißler teilt mit, dass man sich Gedanken über Kläranlagen mache und der Klärschlamm eine Folge der Klärwasserbehandlung sei. Man sei in der glücklichen Lage, dass Meller Unternehmen evtl. ein Nahwärmenetz aufbauen können. Wohnungen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen könnten so beheizt werden. Die Idee sei sehr gut. Allerdings gebe es auch Probleme. Man rede von unterschiedlichen Temperaturen und Anlagen. Jetzt müsse man alles zusammenführen und man müsse prüfen, welche Unternehmen in Melle in der Lage seien, Wärme abzugeben. Dazu solle es jetzt Untersuchungen geben. Alle Unternehmen könnten zusammengeführt werden und dann gemeinsam an dem Projekt beteiligt sein. Vielleicht könne so ein Nahwärmenetz errichtet werden. Die Stadt Melle könnte daraus Nutznießer werden. Durch die Klärschlamm-trocknung könnten LKW-Transporte verringert werden. Auch die Co<sub>2</sub> Bilanz könnte durch die Nutzung der Abwärme verbessert werden. Er betont, dass die Kläranlagenlandschaft so umgebaut und ein Nahwärmenetz aufgebaut werden müsse, um alle Vorteile nutzbar zu machen. Auch Biogaslagen könnten ggf. in ein Nahwärmnetz einspeisen. Herr Weißler unterstreicht, dass die Unternehmen bei solchen Entscheidungen und Arbeiten für die Kommune unterstützt und gestärkt werden müssen. Seine Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu.

Bürgermeister dankt für die konstruktive Diskussion und den großen Zuspruch, eine Innovation für die Stadt Melle zu erreichen. Die Verwaltung der Stadt Melle stehe dafür, Verbesserungen für die Meller Bürgerinnen und Bürger zu erzielen. Auch persönlich stehe er nicht dafür, Partikularinteressen durchzusetzen. Es gehe ausschließlich darum, was für die Stadt Melle erreicht werden könne.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden



**Beschluss:**

1. Die Stadt Melle strebt eine eigene Klärschlamm-trocknung für die in den Meller Kläranlagen anfallenden Klärschlämme an.
2. Eine Machbarkeitsstudie zur Errichtung einer Klärschlamm-trocknung unter Beachtung der technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen wird in Auftrag geben.
3. Die Stadt Melle stellt unter der Prämisse der Ergebnisse der Vorüberlegungen für eine Machbarkeitsstudie die Beteiligung an der interkommunalen Kooperation mit den Städten Bramsche und Georgsmarienhütte zurück.

**TOP 23     Straßenumstufung in Melle Buer**  
**Vorlage: 01/2020/0236**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Hunting spricht seine Freude über die vorliegende Beschlussvorlage aus. Die Erstellung der Ortskernentlastungsstraße sei ein langer Weg gewesen. Für den Stadtteil Buer gebe es nun die Möglichkeit, die Straßen umzugestalten und verkehrsberuhigende Maßnahmen durchzuführen.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Melle beschließt die Umstufung von Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen in Melle-Buer gemäß den in der Anlage dargestellten Straßenabschnitten zum 01.01.2022.

Dem Tausch von Straßenflächen zwischen der Stadt Melle in einer Größe von 62.575 m<sup>2</sup> gegen die Flächen des Landes Niedersachsen in einer Größe 26.188 m<sup>2</sup> wird zugestimmt. Ferner wird der Übertragung von Straßenflächen des Landkreises Osnabrück in einer Größe von 14.237 m<sup>2</sup> und einer Ausgleichszahlung über 20.000 € an die Stadt Melle zugestimmt.

**TOP 24     Förderrichtlinie "Regenwassernutzung"**  
**Vorlage: 01/2021/0132**

Herr Look erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Trenkler ergänzt, dass der Rat der Stadt Melle in seiner Sitzung am 24.03.2021 einem Antrag seiner Fraktion auf ein Förderprogramm zur Regenwassernutzung einstimmig zugestimmt habe. Man befinde sich in einem Klimawandel. Die Sommer seien zu heiß und trocken und wenn es regne, seien dieses zumeist Starkregenereignisse. Um Trinkwasser zu sparen, habe man ein kleines Regenwasserrückhaltungsprogramm aufgelegt. Sicherlich würden so nicht alle Probleme gelöst, jedoch könne das aufgefangene Wasser zum Gießen usw. genutzt werden. Er hoffe auf ein großes Interesse.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Melle beschließt die Förderrichtlinie „Regenwassernutzung“ gemäß Anlage 1.

Herr Stakowski gibt den Vorsitz an Herrn Boßmann ab.

**TOP 25    Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung eines Siegels für  
ökologisch nachhaltige Baumaßnahmen Meller Unternehmer  
Vorlage: 01/2021/0180**

Herr Stakowski erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er bemerkt beginnend, dass eine große Errungenschaft dieser Wahlperiode sei, dass es ein anderes Verständnis, Ernsthaftigkeit und Offenheit hinsichtlich der Wertschätzung von Umwelt und Klimaschutz gebe. Er erklärt, dass man mit dem vorliegenden Antrag nicht beantrage, dass ein Siegel einzurichten sei, sondern um zuerst einmal bei den Meller Unternehmen das Interesse an einer ökologischen Aufwertung ihrer Grundstücke sowie an Beratungsangeboten und Kooperationsmöglichkeiten abzufragen. Erst in einem weiteren Schritt soll das Interesse an einem Siegel und danach, wenn Interesse bestehe, ein Siegel entwickelt werden. Herr Stakowski unterstreicht, dass es im Bereich der Bauleitplanung in den letzten Jahren einen großen Schritt nach vorne gegeben habe. Gemeinschaftlich sei über festzusetzende ökologische Maßnahmen eine Einigung gefunden worden. In der Stadt Melle gebe es Gewerbe- und Industrieflächen von ca. 558 ha. Wenn man nun durch aktuelle Vorhaben 20 ha, in denen man die ökologischen Belange auf anderer Weise als in der Vergangenheit berücksichtige, hinzufüge, seien dieses 3 % der Gewerbe- und Industrieflächen. Dieses sei ein wichtiger Schritt und der Anteil werde in der Zukunft wachsen. Es stelle sich die Frage, wie man dann mit den restlichen Gewerbe- und Industrieflächen umgehe. Festsetzungen in den Bauungsplänen helfen nicht, weil die bestehenden Gebäude bestandskräftig seien. Hier seien freiwillige Maßnahmen die einzige Möglichkeit. Nur durch freiwillige Maßnahmen und in einem gemeinsamen Dialog mit den Unternehmern könnten ökologische Aufwertungen in Gewerbegebieten erreicht werden. Die Abfrage an einem Interesse an Kooperationsmöglichkeiten und an eine ökologische Aufwertung solle den ersten Schritt markieren. Ein Dialog sei auch bei anderen klimapolitischen Zielsetzungen zukünftig wichtig. Sicherlich sei die WIGOS (Wirtschaftsförderungsgesellschaft Osnabrücker Land mbH) ein wichtiger Ansprechpartner, jedoch sei es besser, wenn die Stadt Melle direkt mit den Unternehmern ins Gespräch komme. Das Siegel soll Anreiz und Wertschätzung sein und sei aus den Gedanken der Bürgerinitiative „Grün statt Grau“ entnommen worden. Man sei offen über den Verlauf des Weges und für mögliche Änderungen, um zu einem gemeinsamen Ziel zu kommen. Herr Stakowski bittet um Zustimmung für den vorliegenden Antrag seiner Fraktion.

Herr Trenkler informiert, dass der vorliegende Antrag im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau mehrheitlich abgelehnt worden sei. Es sei nicht Aufgabe einer Kommune, regionale Siegel für Maßnahmen zu entwerfen, zu bezahlen und zu überprüfen. Dieser komplexe Vorgang würde die Verwaltung überlasten. Wenn es ein wirkliches Interesse bei den Mellern Unternehmen gäbe, sollten diese die Initiative ergreifen und die Maßnahme über andere Vereinigungen in Angriff nehmen. Überregionale Siegel seien bekannter als regionale. Der Landkreis Osnabrück, die WIGOS, die KfW und v.a. könnten hier Hilfestellung leisten. Die erwähnte Bürgerinitiative „Grün statt Grau“ solle ein Leuchtturmprojekt werden und es solle dort alles in dem Bereich nach den ökologischen Checklisten verwirklicht werden. Bei den bestehenden Betrieben sehe er große Schwierigkeiten, ein Siegel einzuführen. Herr Trenkler stellt abschließend fest, dass es keinen Sinn mache, ein Siegel in Melle zu etablieren, da niemand wisse, was dahinterstehe. Frau Meier teilt mit, dass sie sich generell über die Einbringung des Antrages freue. Klima-, Arten-, Umweltschutz und Nachhaltigkeit sei ein zentrales Thema und eine wichtige Aufgabe. Eine ausführliche Diskussion sei im Fachausschuss erfolgt. Der Ansatz des Antrages, bei den Gewerbetreibenden auf großen Flächen mehr Nachhaltigkeit und Ökologie zu etablieren, sei gut. Durch das Beratungsangebot des Landkreises u. a. habe man jedoch ein

hervorragendes Werkzeug. Sie schlage vor, in den künftigen Abwägungen hinsichtlich Vielfältigkeit, Nachhaltigkeit und ökologischer Aufwertung nachzusteuern. Durch eine Entwicklung eines Siegels käme es zu unnötigem Mehraufwand für die Verwaltung. Frau Meier bemerkt, dass es ggf. sinnvoller sei, über die Wiedereinführung des „Umwelt- und Klimaschutzpreises“ nachzudenken.

Herr Schürmann teilt mit, dass es ausreichend viele Zertifizierungen und ökologische Ausrichtungen bereits gebe. Die WIGOS sei seiner Meinung nach prädestiniert für solche Aufgaben. Auch das Meller Netzwerk könnte sich kreativ betätigen und einen entsprechenden Preis oder Siegel ausloben. Dieses sei sinnvoller als eine Initiative der Verwaltung. Den vorliegenden Antrag sehe er als Mittel zum Wahlkampf und könne dem nicht zustimmen.

Herr Grube bemängelt, dass Themen zum Umweltschutz auf „Grün“ festgelegt werden. Seine Partei sei christlich geprägt und die Wahrung der Schöpfung sei immer schon wichtig gewesen. Ökologische Prozesse in der Stadt müssten zuerst mit den Unternehmen abgestimmt werden, da dieses ein wichtiges Potential sei.

Der Rat der Stadt Melle lehnt mit 17 Ja-Stimmen 21 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden Antrag

Die CDU-Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 01. Juni 2021 folgenden Antrag gestellt:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei den Meller Unternehmen das Interesse an einer ökologischen Aufwertung ihrer Grundstücke sowie an Beratungsangeboten und Kooperationsmöglichkeiten abzufragen.

Hierbei ist auch zu ermitteln, ob Interesse an einem Meller Siegel für ökologisch nachhaltige Baumaßnahmen im Kreis der Meller Unternehmen besteht, mit dem ökologische Maßnahmen ausgezeichnet werden.

Bei Interesse ist ein solches Siegel zu entwerfen. Der Vorschlag soll sowohl einen Kriterienkatalog für besonders wichtige ökologische Maßnahmen im Bereich der Grundstücksnutzung und insbesondere –bebauung als auch ein Vorschlag für eine entsprechende Entwicklung, Zertifizierung und Vergabe des Siegels enthalten.

**ab.**

*Herr Stakowski übernimmt wieder den Vorsitz.*

**TOP 26    Antrag der CDU Fraktion: "Dachbegrünung von Bushaltestellen in der Stadt Melle"  
Vorlage: 01/2021/0101**

Herr Terbeck erläutert den Antrag seiner Fraktion. Es gehe bei der Dachbegrünung von Bushaltestellen darum, innerstädtische Flächen zu entsiegeln, Insekten die Möglichkeit zu geben, ein Quartier zu finden und Feinstaub zu binden. Es könnte eine Menge von ca. 20-400 Liter Wasser zurückgehalten werden. Bei warmen Temperaturen diene die Begrünung zudem als Abkühlung. Er informiert, dass z. B. in der Stadt Duisburg bereits etliche Bushaltestellen begrünt oder neu errichtet worden seien. Herr Terbeck bemerkt, dass dieses Thema auch auf andere Objekte ausgeweitet werden könnte. Er bittet um Zustimmung. Herr Uffmann teilt mit, dass seine Fraktion der Meinung sei, dass sich die Maßnahme aufgrund des Aufwands nicht rechnen könne. Überschlagen käme man bei allen Bushaltestellen zusammen auf eine Fläche von ca. 2000 m<sup>2</sup>. Hier halte er z. B. das Anlegen

einer Blühwiese für wesentlich einfacher und effektiver. In dem Antrag sei die Stadt Melle mit der Stadt Utrecht verglichen worden. Utrecht sei einwohnermäßig viel größer, habe jedoch eine geringere Fläche. Daher ergebe sich eine andere Problematik. Auch mit der Innenstadt von Osnabrück dürfe man sich nicht vergleichen. Aus diesem Grund sei es nicht sinnvoll, hier einen Auftrag an die Verwaltung zu geben.

Frau Meier schließt sich den Ausführungen von Herrn Uffmann an. Die Bedingungen in der Stadt Melle seien anders als z. B. in Utrecht. Klima- und Artenschutz sei natürlich wichtig und sie freue sich über jede begrünte Fläche. Die Kosten-Nutzen-Rechnung für den vorliegenden Antrag stehe in keiner vernünftigen Relation. Die Flächen seien sehr klein. Die vorgetragene Höhe der Kosten bezweifele sie. Zudem verursache die Maßnahme viel Arbeit in der Verwaltung. In Melle gebe es viele Möglichkeiten, Flachdächer zu begrünen. So finde man diese bereits auf Fahrradständern, Garagen usw. Ihre Fraktion stimme dem Antrag nicht zu. Herr Grube gibt zu bedenken, dass auch kleine Schritte notwendig und sinnvoll seien. Es sei wichtig, für die Wahrung der Schöpfung etwas hinzubekommen. Mit dem Antrag habe man die Möglichkeit, ein gemeinsames Signal zu setzen, da durch die Dachbegrünung von Bushaltestellen ein Zeichen für ein gutes städtisches Klima und für ökologisch sinnvolles Handeln gesetzt werden. Er könne die Blockade- und Abwehrhaltung nicht verstehen. Es werde zudem ein Impuls gesetzt und die Bürgerinnen und Bürger würden so evtl. auf die Idee gebracht werden, eigene Anlagen zu begrünen.

Herr Mittelberg teilt mit, dass im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau über den Antrag diskutiert worden sei. Dort sei ein Hinweis gekommen, dass es wichtig sei, die Tür zu so einem Projekt nicht zu schließen. Es sei problematisch, dass durch das vermehrte Insektenaufkommen aufgrund der Begrünung der Vogelschlag erhöht werden könnte. Durch den Fachausschuss sei mehrheitlich „*die Prüfung der Begrünung von Dächern der Bushaltestellen im Stadtgebiet*“ empfohlen worden. Er schlage vor, in der heutigen Sitzung ebenfalls diesen Beschluss zu fassen.

Herr Weißler bestätigt die Diskussion im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau. Wichtig sei, durch eine mögliche Dachbegrünung einen Mehrwert für alle zu erreichen. Er unterstütze Begrünungen in allen Bereichen, aus diesem Grund sehe er die Dachbegrünung von Bushaltestellen für eine weitere Möglichkeit. Er halte ebenfalls den Vorschlag für gut, eine Prüfung der Begrünung von Dächern der Bushaltestellen im Stadtgebiet zu beantragen. Er habe bereits recherchiert und festgestellt, dass die Pflege von begrünten Dächern pflegeleicht sein solle und es einfache Systeme zur Herstellung gebe. Er bittet darum, die Chance zu ermöglichen, eine Prüfung durchzuführen und dann eine Entscheidung zu treffen.

Herr Kruse stellt fest, dass der vorliegende Antrag seiner Fraktion auch ein Bildungsauftrag sei. Dort wo Schulen seien, gebe es auch Bushaltestellen. Oftmals seien die Flächen der Dächer dort auch größer. Noch entscheidender sei, dass man den Bürgerinnen und Bürgern in Neubaugebieten auferlege, Carports usw. zu begrünen, selber sei man jedoch nicht bereit, solche Maßnahmen zu treffen. Er stellt fest, dass Anträge seiner Fraktion teilweise grundsätzlich abgelehnt werden. Dieses Vorgehen sollte bei sinnvollen Anträgen abgestellt werden.

Herr Plaß teilt mit, dass seine Fraktion zu der Erkenntnis gekommen sei, dass die durch eine Dachbegrünung entstehenden Kosten und der geringe Nutzen in keinem Verhältnis stehen. Sinnvoller sei es z. B. Bäume zu pflanzen. Man könne sich nicht mit Großstädten wie Duisburg und Utrecht vergleichen, denn dort gebe es eine andere Problematik.

Herr Reehuis bemerkt, dass es nicht richtig sei, dass Anträge der CDU-Fraktion generell abgelehnt würden. Der vorliegende Antrag sei jedoch ungenau und man könne noch nicht einmal die gewollten Auswirkungen erkennen. Bei einer errechneten zu begrünenden Dachfläche von ca. 2000 m<sup>2</sup> könne man nicht von einer großen ökologischen Errungenschaft sprechen. Es sei wesentlich sinnvoller, eine geringere Versiegelung an anderer Stelle vorzusehen. Auch die mitgeteilten Kosten würden angezweifelt. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis sei nicht vernünftig. Aus diesem Grund werde der Antrag abgelehnt.

Herr Trenkler stellt fest, dass eine ähnliche Diskussion bereits im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau geführt worden sei. Vor mehreren Jahren sei der Beschluss gefasst worden, städtischen Flächen zu entsiegeln. Die Umsetzung würde immer mehrere Jahre dauern. Es sei bereits vor Jahren vorgeschlagen, den Bürgersteig an einem Teil der Weststraße und die Hapke-Kreuzung zu entsiegeln. Diese Maßnahmen seien seiner Meinung nach sinnvoller. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis sei nicht angebracht. Auch hätte man sich gerne im Vorfeld über die zu untersuchenden Parameter unterhalten. Der Änderungsantrag sei nur gefasst worden, weil man sich nicht einigen konnte. Sinnvoller wäre es allerdings gewesen, wenn der Antrag damals vertagt worden wäre.

Frau Mielke informiert, dass die Ausstattung einer Bushaltestelle mit einer Dachbegrünung 1000,00 € kosten würde. Dieses sei vom Kreis Herford untersucht worden. Eine erneute Prüfung sei nicht notwendig. So könne man errechnen, dass ca. 200.000,00 € für die Maßnahme notwendig seien. Für diesen Betrag können eine große Fläche gepachtet und z. B. mit Bäumen bepflanzt werden. Sie stimme dem Antrag nicht zu.

Herr Weißler teilt mit, dass viele gestalterische Dinge nicht im Kosten-Nutzen-Verhältnis zu sehen seien. Es müssten auch nur dort die Bushaltestellendächer begrünt werden, wo es Sinn mache. Es sei für alle Bürgerinnen und Bürger wichtig, dass die Stadt Melle durch viele Maßnahmen so schön wie möglich gestaltet werde. Auch der im Fachausschuss gestellte Antrag sei gut und man könnte ihn angehen. Er bemerkt abschließend, dass auch die Baumpflege hohe Kosten verursachen würde.

Herr Terbeck erklärt, dass in der Diskussion einige Argumente vermischt worden seien. Es gehe um die innerstädtischen Bushaltestellen. Durch den Klimawandel werde es eine Erhöhung der Temperatur und Starkregenereignisse geben. In den Bushaltestellen können die Leute Schutz suchen oder sich einfach nur hinsetzen. Bei der Begrünung der Dächer gehe es um Entsiegelung, die sonst an dieser Stelle nicht stattfinden könnte. Der Antrag sei richtig und nachhaltig.

Frau Lange-Huber unterstreicht, dass man heute durch einen Beschluss die Chance habe, eine Überprüfung der Begrünung von Dächern an Bushaltestellen zu veranlassen.

Herr Otto gibt zu bedenken, dass eine konkretere Formulierung des Antrages sinnvoll sei und es dann ggf. eine breitere Zustimmung gebe.

Vorsitzender lässt über den durch den Ausschuss für Umwelt und, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau und dem Verwaltungsausschuss empfohlenen Antrag abstimmen.

Der Rat der Stadt Melle lehnt mit 17 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden Antrag

Die CDU Fraktion im Rat hat folgenden Antrag gestellt:

Die CDU Fraktion im Rat der Stadt Melle beantragt die *Prüfung* der Begrünung von Dächern der Bushaltestellen im Stadtgebiet.

**ab.**

**TOP 27     Antrag der B90/Grüne Stadtratsfraktion zur  
Angebotsverbesserung des Busverkehrs Richtung  
Werther/Bielefeld  
Vorlage: 01/2021/0187**

Herr Reehuis erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er informiert, dass schon mehrmals die Notwendigkeit einer guten Busverbindung nach Bielefeld diskutiert worden sei. Bisher sei jedoch noch kein Beschluss diesbzgl. gefasst worden. Eine Erreichbarkeit des Stadtteils Neuenkirchen nach Bielefeld sei wichtig, da diese essenziell für Berufstätige, Schülerinnen

und Schüler sowie Studentinnen und Studenten sei. Außerhalb der Schulzeiten gebe es werktags zweimal eine Verbindung von Werther/Bielefeld nach Neuenkirchen zum Schulzentrum und dreimal fahre ein Schulbus. In die entgegengesetzte Richtung fahre zweimal ein Bus von Neuenkirchen nach Werther/Bielefeld und zweimal fahre ein Schulbus. Samstags gebe es zwei Verbindungen und sonntags keine. Das bedeute, dass es keine verlässliche und angemessene Verbindung nach Werther/Bielefeld gebe. Für die Erschließung des ländlichen Raumes sei es wichtig, vernünftige Busverbindungen zu haben. Der Anlass des Antrages sei nun, dass diese Verbindungen auch noch abgeschafft werden sollen. Die letzten Zählungen hätten zwar Leerfahrten aufgezeigt, jedoch sei dieses nicht verwunderlich, da die Verbindungen nicht verlässlich seien und während der Corona-Pandemie weniger Personen den öffentlichen Nahverkehr nutzten. Herr Reehuis informiert, dass er den Antrag auch im Ortsrat Neuenkirchen vorgelegt habe. Daher sei in dem nun vorliegenden Antrag versehentlich die Formulierung „*Der Ortsrat Neuenkirchen wünscht...*“ aufgeführt worden. Hier bittet er um eine Änderung in „*Der Rat der Stadt Melle wünscht...*“. Es werde gewünscht, dass es eine verlässliche Linie nach Werther/Bielefeld gebe. Von dort gebe es eine Verbindung nach Bielefeld im 20-Minuten-Takt.

Herr Gerling stellt fest, dass die Ausführungen von Herrn Reehuis richtig seien. Er bemerkt jedoch, dass der vorliegende Antrag zum jetzigen Zeitpunkt kontraproduktiv sei. Es sollte besser erst einmal abgewartet werden, was die Erstgespräche zwischen dem VVOWL und der PlanOS ergeben würden. Erst dann habe man eine Basis, auf der Anträge gestellt werden können. Auch der Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Verkehr habe empfohlen, den Antrag zurückzustellen, bis genaue Fakten vorliegen. Bisher gebe es nur ein Telefonat, wo auf eine Einstellung der Linie hingewiesen werde. Er bittet darum, den Antrag zu verschieben.

Frau Meier teilt mit, dass ihrer Meinung nach der Antrag nicht zu früh sei. Viele Menschen in Neuenkirchen würden die Verbindung nutzen. Von Werther/Bielefeld sei eine Verbindung in den Landkreis Gütersloh, Halle und Rheda-Wiedenbrück möglich. Sollte man nun warten, befürchte sie, dass die Linien eingestellt würden. Aufgrund der schlechten Verbindung und der Corona-Pandemie führen derzeit zwar weniger Personen mit dem Bus, die Linien würden jedoch dringend benötigt. Wenn man Klimaschutz betreiben wolle, müsse auch der ÖPNV verbessert werden. Man könnte den Antrag auch dahingehend formulieren, dass der Antrag nur besagt, dass man eine Angebotsverbesserung in die Richtung Werther/Bielefeld wünsche. Eine Aufrechterhaltung und ein Ausbau der Vernetzung sei notwendig.

Herr Hunting informiert, dass derzeit ein Projekt der Landrätin vorangebracht werde, in dem es um die Themen „Mobilität und Öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Osnabrück“ gehe und dieses neu geordnet werden solle. Hierfür müsse viel Geld investiert werden und insbesondere im ländlichen Raum müsse es Verbesserungen geben. In diesem Zusammenhang würden natürlich auch die Verbindungen mit den angrenzenden Verkehrsräumen beachtet werden. Es sei auch für andere Stadtteile notwendig, z. B. mit dem Bus nach Bielefeld fahren zu können. Dafür sei ein vernetztes System notwendig und alle Verbindungen müssten in den Blick genommen werden. Daher plädiert er für eine Zurückstellung des Antrages, bis ein komplettes Konzept vorliege.

Herr Reehuis bemerkt, dass er generell eine Gesamtlösung ebenfalls für notwendig halte. Jedoch sei die Verbindung für Neuenkirchen sehr wichtig. Im Hinblick auf die Aussage von Herrn Gerling teilt er mit, dass der vorliegende Antrag im Ortsrat Neuenkirchen einstimmig beschlossen worden sei. Dort sei zudem auch eine E-Mail der PlanOS bzgl. der Einstellung der Linie vorgelegt worden. Auch Gespräche mit der PlanOS seien schon geführt worden. Dann hätte man auch konsequenter die Zielsetzung, eine gute verlässliche Verbindung nach Werther/Bielefeld zu haben, anführen können.

Herr Gerling stellt klar, dass in der E-Mail gestanden habe, dass die PlanOS einen Anruf von der VVOWL bekommen habe, dass diese beabsichtigen, die Linie einzustellen. Es habe ein Gespräch gegeben und er unterstütze nach wie vor den Antrag. Es seien jedoch vorher Fakten notwendig und daher lehne er den Antrag nicht ab, sondern bittet um eine Verschiebung.

Vorsitzender hinterfragt, ob es hier um einen Antrag auf Verschiebung gehe.  
Herr Walkenhorst erklärt, dass der Antrag auch im Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Verkehr verschoben worden sei.  
Herr Reehuis teilt mit, dass er gegen eine Verschiebung des Antrages sei. Die E-Mail besage eindeutig eine konkrete Einstellung der Linie und daher sei nun eine Zielvereinbarung wichtig.  
Vorsitzender teilt mit, dass er nun zuerst über den Antrag abstimmen lassen werde, den vorliegenden Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion auf die nächste Ratssitzung zu verschieben.

Der Rat der Stadt Melle fasst mit 34 Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Beschluss, folgenden Antrag

Die B90/Grüne Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 07.06.2021 folgenden Antrag gestellt:

Der Rat der Stadt Melle wünscht statt der Einstellung eine Angebotsverbesserung des Busverkehrs der Linien 59 und 60 des VVOWL zwischen Melle-Neuenkirchen und Werther/Bielefeld. Zielsetzung sollte eine Linienplanung im Stundentakt sein, die in den Morgen- und Abendstunden zu einem Halbstundentakt verkürzt wird. Hierzu werden Gespräche und Vereinbarungen mit der PlanOS geführt. Die im Haushalt 2022 eingestellten Haushaltsmittel für eine Verbesserung des ÖPNV werden für die Verbesserung der Anbindung an Werther in Anspruch genommen.

**zu verschieben.**

## **TOP 28    Wünsche und Anregungen**

- Frau Wendelin-Feindt bittet darum, dass die Verwaltung bzgl. der Luftfilter mit den Schulen noch einmal ins Gespräch treten solle. In vielen Schulen seien die notwendigen Räumlichkeiten mit Luftfiltern ausgestattet worden. Allerdings sei es bei anderen Schulen zu keiner zufriedenstellenden Lösung gekommen. Im Zweifelsfall sei es sinnvoll, dem Wunsch der Schule nachzukommen.

- Frau Meier informiert, dass sie heute im Bereich der Eickener Straße unterwegs gewesen sei. Dort habe aufgrund des Regenwetters viel Wasser auf der Straße gestanden. Besonders schlimm sei die Situation im Bereich der Bushaltestelle im Kreuzungsbereich „Lange Masch“ gewesen. Sie weist darauf hin, dass es sich hier um einen Schulweg handele. Sie regt an, sich Gedanken zu machen, wie und wann es hier mit dem Ausbau weitergehen solle.

Vorsitzender dankt allen Zuhörerinnen und Zuhörern für das Interesse und schließt den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode.

27.09.2021  
gez.  
M. Stakowski  
Vorsitzender  
(Datum, Unterschrift)

17.09.2021  
gez.  
R. Scholz  
Verw. Vorstand  
(Datum, Unterschrift)

13.09.2021  
gez.  
K. Lehnig  
Protokollführer/in  
(Datum, Unterschrift)

